

Bezugspreis:

3 Reichsmk. 20.— wochentlich, 10.— monatlich, 100.— jährlich. Post- und Transportgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 10.20 Reichsmk. für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 21.50 Reichsmk. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

MORNING

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 5. Fernsprecher: Amt Moritzplan, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 24. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 5. Fernsprecher: Amt Moritzplan, Nr. 11753-54.

Reichsregierung und Oberschlesien.

Amlich wird gemeldet: Nachdem am Sonntag bereits eine Besprechung bei dem Reichspräsidenten stattgefunden hatte, beschloß sich die Kabinettskonferenz am Montag unter Führung des Reichspräsidenten mit der ober-schlesischen Frage. Es wurden alle Mittel erörtert, um möglichst bald ruhige Zustände zu sichern. Nach dem Friedensvertrage liegt es der interalliierten Kommission ob, Ruhe und Ordnung in dem Abstinenzgebiet anzufrieden zu halten. Die Reichsregierung bedauert aufs tiefste, daß viele Teile von Oberschlesien sich in der tatsächlichen Gewalt polnischer Insurgenten befinden und damit eine Lage eingetreten ist, welche unsere schlesischen Brüder in Bedrängnis bringt, die friedliche Arbeit — namentlich die Kohlenförderung — führt und die für das gesamte europäische Wirtschaftsleben so wichtige Leistungsfähigkeit des Landes gefährdet. Die Reichsregierung hat durch ihre Vertreter bei der interalliierten Kommission in Oberschlesien und durch ihre Botschafter in Rom, London und Paris Vorstellungen erhoben und verlangt, daß die interalliierte Kommission mit völliger Unparteilichkeit und mit allen Mitteln gegen den von langer Hand vorbereiteten Aufstand vorgehe und das Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung schütze. Die interalliierte Kommission in Lüttich hat erklärt, daß sie den gegenwärtigen Zustand als eine Anfechtung gegen ihre Regierungsgewalt ansieht; sie sei entschlossen, mit Nachdruck gegen die aufständischen Vorgänge, ihre Entscheidung durchzuführen und für die schnelle Herstellung geordneter Zustände sowie für den Schutz der wehrlosen Bevölkerung Sorge zu tragen. Die deutsche Regierung hofft, daß es der interalliierten Kommission gelingen wird, diese Aufgabe zu erfüllen, um dem ihr anvertrauten Lande in Kürze die Ruhe wiederzugeben. Sie richtet überdies an die Bevölkerung von Oberschlesien die ernste und bringende Bitte, sich ruhig zu verhalten und durch keine Art Unbesonnenheit Fortwände zu neuen Unruhen zu liefern. Die Bevölkerung Oberschlesiens kann versichert sein, daß die deutsche Regierung die ober-schlesischen Interessen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen wird, daß sie sich auf Gebot und Verbot mit Oberschlesien verbunden fühlt und nicht schweigend hinstehen wird, daß auch nur ein Fuß breit ober-schlesischen Bodens durch gewaltsame Maßnahmen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages und gegen den Willen der Bevölkerung vom Deutschen Reich getrennt wird.

Der Aufstand in Oberschlesien.

Von einem bekannten Parteigenossen wird uns aus Oberschlesien über die dortige Lage geschrieben: Die Großpolen suchen das Experiment von Posen in Oberschlesien zu wiederholen und die Welt vor eine fertige Tatsache zu stellen. Sie genießen dabei den Schutz der Entente, zum mindesten aber Frankreichs. Die Polen dürfen heute nicht mehr daran glauben, daß sie eine Mehrheit bei der demnächst stattfindenden Abstimmung finden. Die Stimmung ist ganz gründlich umgeschlagen und darum verhalten sie es mit Gewalt, wobei die Franzosen die Rolle des Schlers spielen. Am letzten Dienstag setzte sich die ober-schlesische Arbeiterschaft einmütig zur Wehr gegen die Versuche der Franzosen, die Neutralität Oberschlesiens zu verletzen. Die Eisenbahner schoben in der Nacht zum Montag zahlreiche Munitionswagen und Transportzüge, die aus den ober-schlesischen Besatzungsgebieten zum Kampfe Polens gegen Sowjetrußland losgeschickt werden sollten, auf tote Geleise und ließen sich auch durch Verhaftungen nicht einschüchtern. Der folgende Tag brachte einen lückelosen Generalstreik und Demonstrationsumgebungen für die Unverletzlichkeit der Neutralität, wie sie nie in Deutschland erlebt wurden. Der Generalstreik kam dem lang vorbereiteten Aufstandsversuch der Polen zuvor, dessen Pläne der deutschen Presse in die Hand fielen. Die von den Polen verübten Gegendemonstrationen scheiterten infolge lächerlich geringer Beteiligung. Die demonstrierenden Arbeiter setzten den Provokationsversuchen der Polen eiserne Ruhe und Disziplin entgegen. Nur in Kattowitz kam es infolge der provokierenden Haltung der französischen Truppen und der eingeleiteten polnischen Stoßtrupps zu blutigen Zusammenstößen, die sich drei Abende lang wiederholten. Es steht fest, daß aus dem Hause der polnischen Plebiszitarkommission das Feuer auf die demonstrierenden Menschenmassen eröffnet wurde. Daß dann die Leidenschaft durchbrach und die Hände der Angreifer unter schlimmen Exzessen gefürmt wurden, ist verständlich, wenn es auch nicht zu billigen ist. Bezeichnend aber ist das Eingeständnis des Studenten Pir, der im schwer verteidigten Gebäude des polnischen Plebiszitarkommissariats gefangen genommen wurde, und der nach seiner Angabe bei dem polnischen Führer Korjanty Adjutanten dienste verrichtete. Obwohl der Generalstreik ganz unermutet ausbrach, ist er von Korjanty mit 45 Schwerebewaffneten als Stoßtrupp nach Kattowitz geschickt worden gegen einen Tagessold von 1000 Reichsmark. Würde das noch nicht genügen, um die polnische Vorbereitung zum Aufstand in Verbindung mit den veröffentlichten Geheimplänen zu erweisen, so ist die überraschende Tatsache ein hinlänglicher Beweis für die polnischen Pläne, daß am Freitag die Orte Myslowitz, Laurahütte, Schoppinich und Eichenau von Sokols und regulärem polnischen Militär besetzt wurde. — Im Gegensatz zu der streng gewährten deutschen Neutralität weist also die polnische Republik auf die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, der die Neutralität Oberschlesiens garantiert, und die interalliierte Kommission scheint es mit ihrer Vertragspflicht und ihrer Ehre verknüpfen zu können, den Fehler des polnischen Einfalls zu spielen. Statt Hüter des Plebiszits und der Unverletzlichkeit Oberschlesiens zu sein, denn es handelt sich wohlgerneht nicht allein um einen polnischen plebiszitischen Ober-schlesier, der trotz des Heeres eingewandeter Agenten ein tägliches Ende nehmen möchte, es handelt sich um die Unterstützung des Aufstandes durch geschlossene reguläre Heeresverbände der polnischen Republik. Und damit wird das großpolnische zu einem europäischen Abenteuer. Denn Deutschland kann nicht ruhig zusehen, wenn ihm gegen den Willen der ober-schlesischen Bevölkerung seine zweitgrößte Industriezone aus der Hand geschlagen wird, ohne die es nicht leben kann. In Kattowitz riefen die französischen Panzerautos und die Kavallerie auf dem Bürgersteig. Jede Zusammenkunft von mehr als vier Personen, auch in geschlossenen Räumen, ist verboten. Nach 7 Uhr abends darf niemand auf die Straße. Mehrere Gewerkschaftsangehörige sind als Geiseln verhaftet. Ebenso das Plebiszitarkommissariat. Post, Telefon und Telegraphie sind gesperrt. Der Belagerungszustand wird in verschärfter Form durchgeführt und vor den Toren von Kattowitz marschieren unbesetzt von den französischen Gütern der ober-schlesischen Ruhe und Ordnung die polnischen Legionen auf, um ganz Oberschlesien zu besetzen. Was sagt England und Italien dazu? Haben sie ein Interesse daran, daß polnische Abenteuer mit französischer Unterstützung den Versuch machen, Deutschland in einen neuen Weltbrand hineinzuziehen? In den letzten Tagen bemüht sich Vertreter der deutschen Regierung gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen und den Werksbesitzern im ober-schlesischen Bergbau um das Zustandekommen eines Ueber-sichtabkommens, das der zusammengebrochenen europäischen Wirtschaft monatlich 600 000 Tonnen Kohlen zugeführt hätte. Ohne dieses Ueber-sichtabkommen ist die Erfüllung des Kohlenabkommens von Spa nicht möglich. Am 22. August sollten die Bezirkskonferenzen der Organisation für die vereinbarten Richtlinien gewonnen werden, was in diesem aus-gewählten Revier ohnedies eine Riesenaufgabe war. Jetzt wird das Friedenswerk, das ganz Mitteleuropa zugute gekommen wäre, durch Panzerautos in Trümmer geschossen und der Rhythmus der Arbeit wird überdient durch das Ausschlagen der Handgranaten größ-wahrscheinlicher Verbrecher. Die Verantwortung für das Ausbleiben einer vermehrten Kohlenförderung hat das kohlensaturne Frankreich zu tragen, dessen fabelhafte Vertreter allen Geboten der wirtschaftlichen Not zum Trotz eine Desperadopolitik huldien und mitmachen, die ganz Europa in den Abgrund reißen muß. Die deutsche Arbeiterschaft Oberschlesiens, die, wie der Generalstreik bewies, heute eine Viersünstelme Mehrheit der ober-schlesischen Bevölkerung hinter sich hat, kann und darf dem polnischen Abenteuer nicht ruhig zusehen. Aus den von den Polen besetzten Orten kommen entsetzliche Hilferufe. Schon aus Selbsterhaltungstriebe muß der deutsche Volksteil sich zur Wehr setzen, wenn die interalliierte Kommission nicht einlenkt. Zwar wurden in Kattowitz die französischen Truppen durch Italiener ergänzt, die sich bisher als loyal erwiesen. Die nächsten Stunden können aber ganz Oberschlesien in ein Blutbad verwandeln, da die polnischen Agenten in allen Orten zum Aufstand hegen und zum Angriff übergehen. Die Regierung darf die ober-schlesische Arbeiterbevölkerung und das deutschgesinnte Bürgertum nicht selbst überlassen. Sie muß sofort auf die Intervention Englands, Italiens und Amerikas drängen, damit dem Unheil gewehrt wird, ehe es zu spät ist. Noch halten die Gewerkschaftskreise und die Parteiführer die aufgeregte Bevölkerung kugelfest von gewalttätiger Selbsthilfe zurück. Jede Stunde des Zögerns aber vergrößert die Gefahr und droht aus Oberschlesien einen Trümmerhaufen zu machen. In Oberschlesien wird augenblicklich nicht allein Deutschlands Schicksal, sondern das ganz Europas entschieden. Die deutsche Regierung muß daher Europa ungefährdet auf die Riesengefahr aufmerksam machen und ihre Pflicht reiflich tun. Bezeichnend ist, daß selbst politisch-radikale Kreise dringend den Einmarsch der Reichswehr verlangen, falls die interalliierte Kommission die deutsche Bevölkerung nicht schützen kann — oder will. Das Unheil kann zur Stunde noch beschworen werden, wenn der Entente klar gemacht wird, daß sie dem Verbrechen der Polen entgegengetreten und die Abstimmung ungefährdet vorgenommen werden muß, wenn nicht ganz Europa die suchtbare Zeche zahlen soll. Nach den neuesten Meldungen aus Oberschlesien scheint sich ein Umschwung in der Haltung der französischen Besatzungstruppen anzubahnen. Und wenn diese neueren Nachrichten richtig sind, ist sogar schon die Entwaflnung der polnischen Aufständischen eingeleitet. Wir geben aber trotzdem der Zukunft unseres Genossen Raum, weil sie ein großes Schicksal auf die Unhaltbarkeit der Zustände, wie sie sich in Oberschlesien herausgebildet haben, nicht zuletzt durch die lange Finanzverzögerung der Abstimmungs-terminen. Es handelt sich in dem Industriegebiet nicht allein um nationalpolitische Freiberrieren — obwohl sie sich bei der Ge-spanntheit der Situation auch bemerkbar machen —, es handelt sich vor allem um die Rechte der Arbeiter- und Angestelltenchaft, die in Frage gestellt scheinen. Deshalb die dauernden Konflikte mit der französischen Besatzung, deshalb folgt der Justizstreik dem Generalstreik und dieser wieder jenem. Allerdings darf man nun nicht übersehen, daß in einer so überhitzten Atmosphäre auch die Giftblüten der Tendenzmeldungen wuchern. Man muß deshalb alle Meldungen aus dem „Kampfbereich“ mit der Vorsicht des klugen Mannes genießen, der durch die offiziöse Stimmungsmache während des Weltkrieges von seiner Leidensgläubigkeit kurirt ist. Der Redakteur des „Berliner Tageblatt“, Dr. Michaelis, ist gegenwärtig in Kattowitz und berichtet von dort in seinem Blatte auf Grund der von ihm vorgenommenen Ermittlungen, daß an dem Kundgebungsstag die französische Reiterperre zuerst besichtigt worden sei. Daran hätten sich die fürchterlichen Dinge erst entwickelt. Die ersten Schüsse der Soldaten seien ohne Befehl abgegeben worden. Kein Beweis liege vor, daß der nachher durch Mißhandlung schwer verletzte und dann in schmerzlicher Weise totgeschlagene Dr. Milewski eine Handgranate auf Deutsche geworfen hätte. Wir sind sicher, daß sozialdemokratische Arbeiter an solchen Schandtatzen nicht teilgenommen haben können. Es ist aber allbekannt, daß die sozialdemokratische Bewegung in Oberschlesien leider immer noch jung und nicht stark genug ist in diesem Lande, das von jeher vom nationalen Kampf zerrüttet wurde.

dem Unheil gewehrt wird, ehe es zu spät ist. Noch halten die Gewerkschaftskreise und die Parteiführer die aufgeregte Bevölkerung kugelfest von gewalttätiger Selbsthilfe zurück. Jede Stunde des Zögerns aber vergrößert die Gefahr und droht aus Oberschlesien einen Trümmerhaufen zu machen. In Oberschlesien wird augenblicklich nicht allein Deutschlands Schicksal, sondern das ganz Europas entschieden. Die deutsche Regierung muß daher Europa ungefährdet auf die Riesengefahr aufmerksam machen und ihre Pflicht reiflich tun. Bezeichnend ist, daß selbst politisch-radikale Kreise dringend den Einmarsch der Reichswehr verlangen, falls die interalliierte Kommission die deutsche Bevölkerung nicht schützen kann — oder will. Das Unheil kann zur Stunde noch beschworen werden, wenn der Entente klar gemacht wird, daß sie dem Verbrechen der Polen entgegengetreten und die Abstimmung ungefährdet vorgenommen werden muß, wenn nicht ganz Europa die suchtbare Zeche zahlen soll. Nach den neuesten Meldungen aus Oberschlesien scheint sich ein Umschwung in der Haltung der französischen Besatzungstruppen anzubahnen. Und wenn diese neueren Nachrichten richtig sind, ist sogar schon die Entwaflnung der polnischen Aufständischen eingeleitet. Wir geben aber trotzdem der Zukunft unseres Genossen Raum, weil sie ein großes Schicksal auf die Unhaltbarkeit der Zustände, wie sie sich in Oberschlesien herausgebildet haben, nicht zuletzt durch die lange Finanzverzögerung der Abstimmungs-terminen. Es handelt sich in dem Industriegebiet nicht allein um nationalpolitische Freiberrieren — obwohl sie sich bei der Ge-spanntheit der Situation auch bemerkbar machen —, es handelt sich vor allem um die Rechte der Arbeiter- und Angestelltenchaft, die in Frage gestellt scheinen. Deshalb die dauernden Konflikte mit der französischen Besatzung, deshalb folgt der Justizstreik dem Generalstreik und dieser wieder jenem. Allerdings darf man nun nicht übersehen, daß in einer so überhitzten Atmosphäre auch die Giftblüten der Tendenzmeldungen wuchern. Man muß deshalb alle Meldungen aus dem „Kampfbereich“ mit der Vorsicht des klugen Mannes genießen, der durch die offiziöse Stimmungsmache während des Weltkrieges von seiner Leidensgläubigkeit kurirt ist. Der Redakteur des „Berliner Tageblatt“, Dr. Michaelis, ist gegenwärtig in Kattowitz und berichtet von dort in seinem Blatte auf Grund der von ihm vorgenommenen Ermittlungen, daß an dem Kundgebungsstag die französische Reiterperre zuerst besichtigt worden sei. Daran hätten sich die fürchterlichen Dinge erst entwickelt. Die ersten Schüsse der Soldaten seien ohne Befehl abgegeben worden. Kein Beweis liege vor, daß der nachher durch Mißhandlung schwer verletzte und dann in schmerzlicher Weise totgeschlagene Dr. Milewski eine Handgranate auf Deutsche geworfen hätte. Wir sind sicher, daß sozialdemokratische Arbeiter an solchen Schandtatzen nicht teilgenommen haben können. Es ist aber allbekannt, daß die sozialdemokratische Bewegung in Oberschlesien leider immer noch jung und nicht stark genug ist in diesem Lande, das von jeher vom nationalen Kampf zerrüttet wurde.

Die Beruhigung Oberschlesiens. Am Sonntag beschloß in Leoben eine Versammlung von Führern aller polnischen Parteien, eine Kommission zum französischen General Gratier zu senden, um ihm die Forderung zu unterbreiten, die Ruhe und Ordnung durch französisches Militär wiederherzustellen. Zu diesem Zweck soll 1. die Entwaflnung der Bevölkerung allgemein durchgeführt werden, 2. nach Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung der Belagerungszustand und sobald wie möglich aufgehoben werden, 3. da, wo Unruhen bestehen, die Sicherheit durch eine unparteiische Sicherheitswehr aus beiden Volksteilen gewährleistet werden, 4. der augenblickliche Streit abgebrochen und die Arbeit am Montag überall wieder aufgenommen werden. Dort, wo Terror gegen Arbeitswillige verübt wird, soll die interalliierte Kommission Schutz gewähren. General Gratier, der von einer Inspektionsreise durch den südlichen Teil des Industriegebietes zurückgekommen war, erklärte, daß er überall Ruhe und Ordnung vorgefunden habe, und daß die Polenführer ihm zugesagt hätten, für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen zu wollen. Sie hätten ihm versichert, daß die Arbeit am Montag überall wieder aufgenommen werden soll. So hoffe er, soweit er in der Lage sei, eine Zusicherung zu geben, daß er den Wünschen der Kommission werbe nachkommen könne.

Die in Beuthen abgebrochene Versammlung wurde abends 10 Uhr in Gleiwitz wieder aufgenommen. Die Versammlung beschloß, die Besprechungen mit der interalliierten Kommission fortzusetzen. Zum Schluß richtete die Versammlung an die Bevollmächtigung Oberösterreichs das dringende Ersuchen, Ruhe und Ordnung zu halten.

In einem Telegramm an den Reichskanzler sagen die vereinigten Verbände heimattreuer Oberösterreicher in Breslau:

Dem Versprechen der interalliierten Kommission sind bisher keine ausreichenden Maßnahmen erfolgt. Die deutschösterreichische Bevölkerung ist völlig schuldlos. Insbesondere richtet sich der Haß der Aufständischen gegen unsere Mitglieder, in deren Händen die wichtigsten Vorarbeiten für die Durchführung der Volksabstimmung liegen. Nord, Westhandlung und Verschleppung sind die Mittel, mit denen bereits in zahlreichen Fällen gegen sie vorgegangen ist. Die gesamten Abstimmungsarbeiten sind nicht nur aufs schwerste gefährdet, sondern auch weite Kreise der deutschösterreichischen Bevölkerung fürchten, daß ihnen das Schicksal Polens aufgezwungen wird.

Inzwischen sind Pleß und Sohrau von den Polen besetzt worden. In Pleß soll bei der Erschürung des Gefängnisses ein polnischer Anpreiser erschossen worden sein.

Vis Montag mittag waren der ganze Kreis Rybnik außer der Stadt, der ganze Kreis Pleß, der Landkreis Ratiboritz, der Landkreis Beuthen und der Landkreis Tarnowitz durchweg in polnischer Hand. Die Städte Gleiwitz, Kattowitz, Beuthen, Königshütte usw. bilden zurzeit noch wenige Inseln. Aus den besetzten Teilen unternehmen die Polen ständig Vorstöße nach diesen Orten. In dem besetzten Gebiet fordern Ruveranschläge in zwei Sprachen zur Bildung von

Selbstschutzkomitees

aus der heimischen ortsanfässigen Bevölkerung auf. Die Führer dieser Komitees verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben in die Wege zu leiten. Der Verkauf von alkoholischen Getränken ist untersagt. Auf Raub, Plünderung sowie ähnlichen Verbrechen steht Todesstrafe. Alle Beamten der öffentlichen Dienststellen mit Ausnahme der bisherigen Polizeibehörden und der Gendarmerie werden aufgefordert, ihren Dienst in der bisherigen Weise aufzunehmen.

Im Beuthener Gebiet zeigen sich bereits Anfänge in der Wiederaufnahme der Arbeit auf den Gruben.

Die Richtlinien für die Eisenbahner.

Ueber die am gestrigen Montag stattgefundenen Vorbereitungen zwischen der von den Eisenbahnbetriebsräten gewählten Kommission und der Reichsregierung über die aufgestellten Richtlinien für die Arbeiterschaft berichtet die B. S.-Korrespondenz einen Bericht, nach dem eine Aussicht auf Verständigung kaum bestehe. In diesem Bericht heißt es u. a.:

Die Richtlinien der Eisenbahner über die Verkehrskontrolle sind außerordentlich scharf. Die örtlichen Ausschüsse haben danach die Verpflichtung, jeden verdächtigen Transport so lange anzuhalten, bis eine Entscheidung der Zentralinstanz in Berlin gefallen ist. Bei der Anzahl der Meldungen, die täglich über angehaltene Eisenbahntransporte eingeht, kann sich die Abfertigung einzelner Züge und Waggons mitunter mehrere Tage verzögern und die Eisenbahnverwaltung würde schon technisch vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt werden, wenn sie nicht in der Lage wäre, über die Waggons frei verfügen zu können. Regelmäßig der Ententetruppen haben die Eisenbahner besondere Beschlüsse gefaßt. An der Westgrenze und ebenso im besetzten Gebiet im Osten des Reiches sollen die Transporte, über die vorher eine Verständigung mit den örtlichen Gewerkschaften hergestellt werden muß, besonders Passagierzüge erdosen. Am gestrigen Montag haben Besprechungen mit Eisenbahnbetriebsrätern im Reichswehrministerium stattgefunden, die eine Klärung der

Sachlage jedoch nicht herbeigeführt haben. Man erblickt hier in der Kontrolle der Eisenbahner, die sich namentlich auch auf die Munitionstransporte für die Reichswehr erstreckt — die Eisenbahner wollen eine Kontrolle der Verladung der einzelnen Truppen mit Munition, ausüben — eine besonders schwere Gefahr.

Eine Mitteilung von gewerkschaftlicher bzw. parteipolitisch-gerichtlicher Seite bleibt gegenüber dieser offenbar tendenziösen Darstellung abzuwarten. Soweit wir unterrichtet sind, stellen im Gegenteil die entworfenen Richtlinien das Minimum der Vorsicht dar, das die Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Zeit zu verlangen berechtigt ist. Soweit nachweisbar die Transporte für die Reichswehr und die Sicherheitspolizei bestimmt sind, sollen sie ohne weiteres durchgelassen werden. Diesen Standpunkt nehmen auch die Vertreter der U. S. P. in der Kommission ein. Aber beide Parteien und die Gewerkschaften stimmen darüber ein, daß Waffen- und Munitionstransporte, die für die Reaktion, ob Polen oder z. B. die Czechen unter dem Deckmantel der Reichswehr bzw. der Sipo bestimmt sind, nicht durchgelassen werden dürfen. Der Fall des Munitionstransportes nach Königsberg, der auf dem Stettiner Bahnhof angehalten wurde, ist in dieser Beziehung sehr lehrreich: nach Rücksprache mit dem Königsberger Polizeipräsidenten Genossen Lübbing (S. P. D.) und dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Cshreben, Mertens (U. S. P.), die ursprünglich für die Durchlassung des Transportes telegraphisch eingetreten waren, hat sich herausgestellt, daß die Menge der von der Sicherheitspolizei angeforderten Munition weit geringer ist als die Menge, die der Leutnant Lamisch in seinem Zuge führte. Es fragt sich nun, für wen diese riesige Menge von Munition (es handelt sich um 28 Waggons mit u. a. etwa einer Million Säug Infanteriemunition und 40 000 Handgranaten) bestimmt war. Man ist offenbar dank der Wachsamkeit der Eisenbahner des Stettiner Bahnhofes auf die Spur einer Waffen- und Munitionslieferung größter Stills gekommen, deren Aufklärung womöglich noch allerlei aufsehenerregende Momente zeitigen wird. Ob politische Zwecke oder nur neutralitätswidrige Schiebergeschäfte mit dem angehaltenen Lamisch-Transport verfolgt wurden, wird die Untersuchung noch ergeben. Jedenfalls zeigt der Vorgang, wie berechtigt das Vorgehen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften ist. Mag die bürgerliche Presse, einschücheltlich der demokratischen, noch so sehr wieder einmal über die „Rechtsregierung“ toben, da nun einmal feststeht, daß allerlei verfassungs- und neutralitätswidrige Machenschaften hinter dem Rücken der Regierung, wenn nicht sogar mit der Komplizität einzelner mehr oder minder untergeordneter Regierungsstellen im Gange sind, werden sich die Vertreter der Arbeiterschaft durch dieses unaufrichtige Geschrei nicht kopfschütteln lassen.

Die „Rote Fahne“ hatte bei Besprechung der Festhaltung des auf dem Stettiner Bahnhof angehaltenen Munitionstransportes behauptet, daß Hauptmann Mende versucht habe, auf Grund von gefälschten Ausweispapieren den Transport freizubekommen. Hauptmann in der Sicherheitspolizei Mende, der dem Preussischen Ministerium des Innern zugeeilt ist, erklärt diese Behauptung für unwahr. Er wird gegen die Redaktion der „Roten Fahne“ Strafantrag wegen Verleumdung und böswilliger Verleumdung stellen.

Weltaufruf für Neutralität.

Die „Humanität“ erhält aus Amsterdam, wo seit einigen Tagen Mitglieder des Internationalen Gewerkschaftsbüros versammelt sind, die Nachricht, daß das Bureau einen Aufruf veröffentlicht, der das Proletariat der ganzen Welt anfordert, sich zusammenzuschließen, um eine unabweisliche Opposition gegen den Krieg zu erklären und sich bereit zu machen, mit allen Mitteln gegen den Krieg zu protestieren und gemeinsam vorzugehen, um

zwischen allen Völkern zu schaffen und den allgemeinen Weltfrieden auf der Grundlage der Sicherung der revolutionären Errungenschaften und der Unabhängigkeit der Völker zu erzielen. Dazu sei erforderlich, daß die organisierten Arbeiterverbände Truppen- und Munitionstransporte für Kriegsführende unbedingt verweigerten. Der Verband verlangt von allen Zentralstellen, gegebenenfalls Massenuntersuchungen für einen Generalkrieg gegen Kriegsteilnahme zu veranstalten.

Paris, 23. August. (Holländisch Neuwisbureau.) Der Marineminister demontiert die Nachricht, daß der Kreuzer „Marcelline“ nach Danzig gegangen ist. Es treffe dagegen zu, daß der „Guedon“ überbourg mit der Bestimmung nach Danzig verlassen hat. Dieser Kreuzer werde nur als Transportschiff verwendet und bringe Munition nach Danzig!

London, 23. August. (Holländisch Neuwisbureau.) Sonntag fanden in und um London Kundgebungen der Arbeiter für den Frieden mit Russland statt. Adamson erklärte, es bestehe eine Kriegsgefahr, nicht weil die Russen versuchen wollten, Polen seine Unabhängigkeit zu rauben, sondern wegen der Krise, die insbesondere zu ihrem eigenen Nutzen verlaufen, einen Krieg mit Russland hervorzurufen. Die Kundgebungen verliefen ruhig.

10 000 Russen übergetreten.

Aus Reidenburg meldet das „Allenscheider Volksblatt“: Der Kommandeur des Stabes der 51. Brigade mit dem Stabe ist bei Kameran über die Grenze gekommen und der Reichswehr mit etwa weiteren achtzig Mann zugeführt worden. Er hat sich genügt, über die Bewegungen der 18. Division Aufschlüsse zu geben. Am 21. August nachmittags wollte eine größere Menge Russen bei Jangow übertreten. Nach längeren Verhandlungen wurde erreicht, daß die Russen bis Chorzels weiterzogen. Ungefähr 50 Mann kamen auf die Seite bei Kameran, unter ihnen befanden sich vier Offiziere und 17 Offizierskinder. Ein großer Teil der bei Kameran übergetretenen Truppen wollte überreiten. Da die deutsche Besatzung von Kameran zu schwach war, wurde ein Zug Dragoner aus Groß-Schloffen herangezogen, ein noch Wägenberg in Fahrt gesetzter Panzerzug in Mischeln angehalten und von diesem 16 Mann zur Hilfeleistung befohlen. Nach Herausziehung dieser kleinen Terhörung wurde den Russen eröffnet, daß sie sich entweder zum Abbruch entschließen oder gegen Morgen ihr Lager abbrechen und weiterziehen müßten; bis gegen 4 1/2 Uhr früh traten ungefähr 80 Mann über. Bei Kapitzin sind in der Nacht 155 Mann mit 118 Pferden, bei Altschloffen 22 Russen mit 23 Pferden und die Bagage der Artilleriebrigade (?) 85 über die Grenze gekommen.

Am Sonnabend war, wie die „Reidenburger Zeitung“ meldet, der Verkehr mit Soldau vollkommen unterbrochen. Es kamen keine Flüchtlinge mehr über die Grenze. Die polnischen Vorhuten sind Sonnabend früh gegen 8 Uhr in Soldau erschienen. Die letzten russischen Truppen hatten in der Nacht um 12 Uhr Soldau verlassen. Am Sonntag waren etwa 4000 Russen bei Kameran und Roggen über die deutsche Grenze gekommen; ihre Zahl wächst noch beständig. Die übergetretenen Russen wurden entwaffnet und mit zwei Sonderzügen dem Internierungslager zugeführt. Unter ihnen befindet sich eine Anzahl von Schwer- und Leichtverletzten. Ein Offizier sagte aus: Wir waren soweit, daß wir einfach nicht mehr kämpfen konnten.

Neft Wochen befinden wir uns im Vormarsch. Die Kavallerie ist schließend auf den Pferden, die Fußtruppen brachen nach der Schlacht bei Stralburg zusammen. Um der Gefangenahme zu entgehen, sind wir über die deutsche Grenze getreten. Bisher sind annähernd 10 000 Russen übergetreten.

Im Verlauf des Montagnachmittags sind noch eine Schwadron und einige kleine Abteilungen über die Grenze gekommen. Sächsisch Wilenberg sind nachmittags ein Gefecht statt, und zwar handelt es sich um abgeschnittene Teile des Kavalleriekorps, das früher auf Wigelawel vorgestoßen war und einen Durchbruch versuchte, um sich den Rückweg zu erkämpfen. Die Polen richteten an diese Abteilung funktentelegraphisch

Der Dissident.

Von Karl Lütge.

Erstens ist Dissident ein Fremdwort, und zweitens weiß kaum einer, was es wirklich bedeutet. Wohlgerne: Gewicht gelegt auf das Bedeutende in dem Sinne, daß kaum einer eine Abnung von der Schwereigkeit des Dissidentenfeins hat. Und dann: konfessionslos, religionslos usw. — wie ich auch suche — alles sind Fremdwörter. Ungläubig? Nein, ungläubig ist kein Fremdwort, scheint's mir! Aber es stimmt nicht ganz. Es deckt sich nicht! Ich bin Dissident und doch gläubig. Doch das gehört nicht hierher, an was ich glaube. Außerdem ist Dissident eine Gesamtbezeichnung für alle Personen und Religionsgemeinschaften, welche außerhalb der sogenannten Landeskirchen und des Jubentums stehen. In Polen heißen sogar alle Nichtatholiken Dissidenten. Daraus ergibt also zur Genüge, daß die bösen Dissidenten keine Heiden, Ungläubigen und dergleichen schlechte Menschen sind oder sagen wir — zu sein brauchen. Höchstens insofern, als sie sich um die Kirchensteuer brüden dürfen. Doch das ganz nebensächlich. Sonst fallen mir keine Nachteile ein, die anderen Menschen durch die Dissidenten erwachsen. Dagegen umgekehrt, wie ich zu meinem Schaden genugsam erkennen mußte.

Corwoz die Talsache: ich bin richtig getauft und kirchlich erzogen. Mitbin Christ gewesen. Bis — bis meine Eltern aus der Kirche austraten und mich mit 14 Jahren mitnahmen. Um genau zu sein — sie fragten mich! Kraft meiner mit 14 1/2 Jahren innewohnenden Selbstständigkeit und Klugheit sagte ich bewußt, daß ich ganz gewiß mit austrete! Seitdem bin ich Dissident.

Die Rückgewinnungsversuche der Kirche überließen am Widerstande meiner Eltern. Nicht ließen sie unberührt. Ich war außerdem kaum gewißt, allein wankelmütig zu werden. Also blieb ich Dissident bis zum Examen. Ich war darum ein schwarzes Schaf. Aber auch schwarze Schafe finden mitunter Liebhaber und besitzigen Freunde. — Genug: ich bestand! Der Weg war frei. Ja — wenn es nicht inzwischen anders gekommen wäre. Und noch zwei Jahre obendrein der Krieg. Nun mußte das Wörtchen Dissident wieder heranz.

„So, is — Dissident? Ach — Dissident?“ Das war das erste. Sehr höflich — nur ein ganz klein wenig lässlich war das. Aber es kam besser. D. sehr bald. Der Herr Feldwebel:

„Was ist der Herr?! — Gottlos, was? Ra'n schöner Bruder!“

Aber auch das war noch lässlich. Nur Strafzettel während des Gottesdienstes, Abortreinigen und noch andere schöne Dinge sind am besten mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zu bedecken. . . Ebenso Verwundetenpflegergebnisse und andere Kriegs-Dissidenten-Behandlungen. . .

Nach dem Kriege reklamerte ich die Steuer und mußte nachweisen, daß ich wirklich Dissident war. Und zwar genügte hier nicht, daß ich mein Väterlein „Von vielerlei Erlebnissen eines Dissidenten als Vaterlandsverteidiger“ im Manuscript einbande. Es mußte das amtliche Schriftstück von 1909 sein. Das wiederholte sich nun in München, in Leipzig-Gohlis und Leipzig-Stadt. Es war ein lautes Spiel.

Zu erwähnen vergah ich die einmaligen Versuche, mich wieder taufen zu lassen. Während ich als Vaterlandsverteidiger etwa von Vierteljahr zu Vierteljahr versucht wurde, erfolgte es nun im Frieden almonatlich und öfter. Zuerst, als ich mich verlobte. Man überließ mich, und als ich harnadig blieb, meine Verlobte nun fast jede Woche. Und vor der standesamtlichen Trauung gar halbtäglich.

Genug — endlich rückte ich unter dem Drange der Verhältnisse damit heraus, daß ich mich längst heimlich wieder in den Schoß der Kirche zurückbegeben hätte — längst schon. . . Als Verwundeter 1917. . . (na ja, das ist vergessen und vergeben, liebe Schwester vom Rhein. . .) Also — es war alles in schäblicher Ordnung. Und ist noch heute in allerhöchster Ordnung. Ich bin der glücklichste Mensch! Meine Schwiegermutter ist ganz Liebe. Ich werde völlig verhätselt. Die Verwandten sind Jüder. Ich werde mit Geschenken überhäuft. . .

Was es doch ausmacht — wieder ein normaler Mensch zu sein! Wenig nur — wenn nur mein Plan, die Trauung in übernächster Woche zu hinterziehen. Knapp. . . (Im Vertrauen: Ich bin nämlich immer noch Dissident und hab' nur, um meinen Frieden zu haben. . . Ra ja. . .)

Die proletarische Volkstheater. Heberall wird sich der Volkstheatergedanke lebendig. Die Sehnsucht der Arbeiterschaft nach wirklicher, lebenspendender Kunst drängt in gleicher Weise zu ihr wie die Kritik des Unternehmertums. Aus der Praxis der Chemnitzer Volkstheaterbewegung heraus sucht Gustav Siekawitz in der Chemnitzer Zeitschrift „Die Wäude“ diesem Drängen ein klar umrissenes Ziel zu setzen. Er will eine bewußte Einstellung der Volkstheater auf die sozialistische Erziehung (strenglich nicht im Sinne einer bloßen Reitationskunst). Stets formuliert: „Wollen wir eine sozialistische Kultur, so müssen wir auch die Kunst und das Drama ohne Rücksicht auf Literatenmeinung und Selbstentzium mit Klassenbewußtsein ansehen und danach handeln. Keine andere Kulturperiode und die sie tragende Klasse haben es anders halten können.“

Das Mittel zum Erwerb der verehrten und zum Ausbau der neuen Werte des Abenteuers ist zunächst die Volkstheater. Will die Volkstheater nicht bloß literarisches Emporkömmlingsthum oder Unterhaltungsbewertung fürs Proletariat und jenes Kleinbürgerum sein, „dem der Reiz der Privat- oder städtischen Bühnen zu teuer ist, so muß sie sich auf den Klassenboden stellen, bewußt und mit allen Konsequenzen! Dies allein sichert ihr die gewünschte Wirkung! Sie darf nicht einfach nur dem literarischen

Enobismus des Modernismus eine allseitig gezeichnete Plattform abgeben; und sie darf nicht zur profanen Arena des Eigeninteresses einiger diffidierender Bildungsbürgern hinabgewürdigt werden — nein, die wahre Volkstheater muß der Klasse dienen, die bemüht und mit ihrer ganzen sozialistischen Kraft der Träger des sozialistischen Gedankens ist; sie muß aus allen Kulturepochen und dramatischen Geschmacksrichtungen der Menschheit den sozialen Gehalt herausziehen und dem Arbeiter als Kulturbaumart vermittelbar — und sie muß zu einer Herrschaft sprechen, die ungeschwächt, nach freiem, eigenem Ermessen durch selbst gewählte und stets wieder abberufbare Vertreter ihre künstlerische und wirtschaftliche Verwertung führt.“

Durch das Einwirken in die Kulturwelt der Vergangenheit soll das Proletariat den Stoff für den Aufbau der eigenen Kulturwelt gewinnen. In diesem Geiste soll die Volkstheater, die das edelste Gut aller Zeiten sich nutzbar machen muß, ihrem sozialistischen Kulturzweck dienen.

Die Aufgaben des Reichskunstwartes. Reichsminister des Innern Dr. Koch hatte während seiner Anwesenheit in Köln mit führenden Persönlichkeiten der rheinischen Kunstkreise eingehende Besprechungen über die Einführung des Reichskunstwartes im Rheinland. Er betonte dabei, daß diese neuorganisierte Institution die Aufgabe habe, in den verschiedenen Gegenden Deutschlands Kunstmittelpunkte zu schaffen, die unter Berücksichtigung von Geschichte und Volkstheater jeder Gegend dafür zu sorgen hätten, daß eine weitgehende Förderung aller Volks- und Landeskunst erreicht werde. Der Reichskunstwart solle ferner die Vermittlung zwischen der Kunsterschaft und den Kunstvereinigungen und den einzelnen Ressorts übernehmen.

Ein neues Heilmittel gegen die Ruhr. Bei der in der Umgebung von Eisenach grassierenden Ruhrpandemie wurde ein neues Heilmittel gegen die Ruhr mit großem Erfolge in Anwendung gebracht. Es wurde amtlich festgestellt, daß in allen Fällen, in denen das neue Mittel zur Anwendung gelangte, eine schnelle Besserung der Krankheit eintrat und Todesfälle nicht mehr vorliefen. Wie verlautet, soll das neue Heilmittel, das den Namen „Antidiphtherie“ führt und von dem Eisenacher Arzt Dr. Köhler entdeckt wurde, nunmehr auch in anderen Gegenden zur Anwendung kommen.

Zu Ehren Prof. Rickes. Des bekannten französischen Friedensfreundes und Kultursoziologen, der am Donnerstag letzten 70. Geburtstag feiert, findet am gleichen Tage, abends 7 Uhr, eine Feier in der Aula des Kaiserin-Augusta-Gymnasiums (Charlottenburg, Gasse Nr. 37) statt. Ansprachen halten Herr Stier und Prof. Berger.

Ein Mahler-Bild in Wien. Das Komitee zur Förderung internationaler Kunst in Wien veranstaltet anläßlich des 60. Geburtstages von Gustav Mahler am 24. Sept. bis 18. Okt. in Wien einen Gustav-Mahler-Jahres. Die Gesamtleitung hat Oskar Freis.

Eine internationale weibliche Wanderschaft soll nach in diesem Jahre zu erscheinen beginnen unter dem Titel „Aktion“. Herausgeber ist Prof. Corrado Vivanti in Padua (Venedig). Sie wird auch Arbeiten in deutscher Sprache aufnehmen. Die Zeitschrift soll der Ausbildung der weiblichen Methoden für alle Zweige der Wissenschaft dienen.

Groß-Berlins Grünflächenpolitik

Von H. Resselge.

Was jetzt herrschte, genau wie auf manchem anderen wichtigen Gebiete, auch auf dem der Grünflächen, sowohl im alten Berlin wie in den meisten Vororten eine vollständige Planlosigkeit. Eine Planlosigkeit nach zweierlei Richtungen. Erstens hat man fast nie für sorglich beiseite gedacht, welche Grünflächen innerhalb der bebauten Gebiete oder anschließend an diese unbedingt notwendig sind für den Gesundheitszustand der Stadtmenschen. Oft ließ man sich die besten Möglichkeiten, Grünflächen zu erhalten oder neu zu schaffen, entgehen. Wo man endlich, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, solche kauf, geschah dies ohne bestimmte rechnerische Unterlagen dafür, wie groß die betreffende Grünfläche sein muß, um der Anzahl der arbeitenden Menschen, die auf sie angewiesen sind, zu entsprechen.

Zweitens kam es aber bisher nie dazu, von einem weitblickenden, für die Gesamtbevölkerung doch so notwendigen Standpunkt aus organisatorisch den Gedanken eines Grünflächensystems für ganz Berlin zu fassen. Der Ankauf des Grunewaldes durch den Precederband Groß-Berlin war nur ein sorglicher Anfang von dem seinerzeit so laut propagierten „Wald- und Biefengürtel“. Der Fiskus hat den Grunewald Berlin teuer aufgehängt, dabei nicht dieser nur den wohlhabenden westlichen Vororten! Der Partikularismus und die Architekturpolitik herrschten auch auf dem Gebiete der Grünflächen bisher im höchsten Maße. Ebenso wie das alte Berlin, so hatte jeder Vorort bisher nur sein eigenes Interesse im Auge. Jede der jetzt zu Groß-Berlin gehörigen Stadt- und Landgemeinden mit wenigen Ausnahmen betrachtete seine öffentlichen Grünflächen nur als Mittel zum Zweck. Jeder bisher selbständige Teil Groß-Berlins betrieb seine eigene Grünflächenpolitik. Er wollte den anderen Vororten gegenüber glänzen und glaubte durch die Schaffung von Gartenanlagen und Parkanlagen möglichst viel neue Einwohner zu sich heranzuziehen. So kam es auch, daß bisher die ärmeren, von der arbeitenden Klasse eng bebölkerten Vororte, die Grünflächen am meisten nötig haben, öffentliche Parkanlagen sich bisher am wenigsten leisten konnten.

So liegen die bisherigen Grünflächen Berlins und der einzelnen Vororte ohne jedes System wie einzelne Medse im Gesamtplan von Groß-Berlin. An einigen Stellen dichter zusammengebrängt, an den meisten Stellen aber ganz vereinzelt und ohne jeden Zusammenhang mit irgendwelchen anderen Grünflächen des eigenen oder des Nachbarortes.

Das Schlimmste ist aber, daß man sich bis heute immer noch nicht losreißen konnte von der früheren konventionellen Art, die öffentlichen Grünflächen nur als Schmuckstücke der Stadt zu betrachten und sie daher immer wieder als Bierflächen, Kaffeeflächen, deren Betreten verboten ist, mit Biersträußern und Blumenbeeten auszugestalten. Immer noch denkt man nicht daran, daß gerade in den eng bebauten Vierteln der Großstadt die öffentlichen Gartenplätze als Erholungsplätze und die Parkanlagen als Grünflächen für die arbeitende Bevölkerung richtig zum Auskommen verwendet werden müssen. Auf den Mangel an wirklichen ruhigen und gegen die Straßen durch Pflanzungen geschützten Erholungsplätzen für die Kranken (an Stelle der bisher üblichen „Kommunierplätze“) hat u. a. die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin in ihren bedeutungsvollen „Wohnungsunterstützungen“ schon lange energisch hingewiesen. Auch wo und wie man bisher innerhalb Berlins in den Spielplätzen eingerichtet hat, ist das weiter nichts als ein ganz geringes, den städtischen Behörden abgerungenes Zugeständnis an das Bedürfnis der Großstadtkinder, die tagsüber auf sich selber angewiesen sind, weil ihre Eltern schwer arbeiten müssen. Daß man innerhalb des eng bebauten Berlins bisher immer nur noch an Bierplätze dachte, daran sind zum Teil auch die Hausbesitzer schuld, die keinen Kinder-Spielplatz in der Nähe ihres Hauses wünschen, weil sie glauben, daß eine Steigerung ihrer Miete erfolgt, wenn bei ihrem Hause ein Schmuckplatz liegt, und weil sie fürchten, daß die Ruhe ihrer besser zahlenden Mieter des Vorderhauses gestört werden könnte durch das freudige Lachen der auf einem

Spielplatz sich tummelnden Kinder. Selbst der Schillerpark, bisher wohl der einzige „Volkspark“ Berlins, hat, neben seinen Bänken und Spielwiesen und seinem Blumenparterre für den „Bürger“, noch keinen wirklich vollkommen eingerichteten Spielplatz für kleine Kinder!

Nur ein Beispiel für den Mangel an sozialem Verständnis für die richtige Bewertung der öffentlichen Parkanlagen für die arbeitenden Klassen vor dem Kriege: Im Humboldthain kostete vor dem Kriege der Wasserverbrauch für den Rärchenbrunnen der Stadt Berlin ungefähr 40 M. täglich. Für die vielen umwohnenden Menschen, die auf die Benutzung dieses Parks angewiesen sind, befinden sich dort viel zu wenig Bänke. Die Stadt Berlin genierte sich nicht, die weiteren Sitzgelegenheiten im Humboldthain durch die Aufstellung von Stühlen an einen Unternehmer zu verpacken. Die Umwohner, die teilweise den ärmsten Klassen angehören, waren, wenn sie sitzen wollten, gezwungen, an diesen Unternehmer für Pfennige pro Stuhl zu zahlen.

Derlei Mangel an Weitsicht zeigte sich bisher in Berlin bekanntlich auch in der Förderung des Kleingartenwesens, das doch für jede Stadt und erst recht für das engbebaute Berlin als Teil der Grünflächenpolitik betrachtet werden muß.

Aus allen diesen Gründen heraus kann auch für die notwendige und richtige Entwicklung dieser Grünflächenpolitik die Bildung von Groß-Berlin eine Erlösung bedeuten! Diese Erlösung wird aber nur dann kommen, wenn für diese Aufgaben der öffentlichen Grünflächen für das gesamte Groß-Berlin jetzt eine Stelle geschaffen wird, die sich losreißt vom bisher üblichen konventionellen-ästhetischen und die ihr gründliches gärtnerisches Fachwissen als Fundament zum Gestalten der öffentlichen Grünflächen zum sozialen Standpunkt aus im heutigen Geiste benutz. Eine Stelle, die versteht, daß jetzt noch vorhandene wenige Grün in Berlin noch zu retten, zu retten und mit dem neuen Grün vollauf mächtig zu verwerten.

Die notwendigen Aufgaben der neuen Grünflächenpolitik Groß-Berlins werden sein:

1. Umgestaltung der Schmuckplätze innerhalb der eng bebauten Stadtbezirke

a) zu wirklichen Kinderspielplätzen für Kinder jeden Alters mit Sandläufen, Turngeräten, Tränbrunnen, Aborten und Unterlaufstollen und

b) zu wirklichen von der Straße her abgeschlossenen Erholungsplätzen für Kranke und alte Leute, die nicht erst mit der Straßenbahn für teures Geld aus Berlin herausfahren können.

2. Umgestaltung der bisherigen größeren Bierparkanlagen in wirkliche Volksparks mit Volkswiesen zum Tummeln, Plantätschen, Tränbrunnen und sonstigen ähnlichen Einrichtungen zu diesem Zweck unter Schonung des alten schönen Baumbestandes, aber Entfernung alles unnötigen Fußwerks und Herrichtung der bisherigen Bierrosenflächen, deren Betreten bis jetzt verboten war, zu Volks- und Spielwiesen.

3. Erhaltung von Bierplätzen mit Blumenbeeten nur an den wenigen Stellen, wo es wirklich angebracht ist, und wo die Menge der umwohnenden arbeitenden Bevölkerung nicht eine Verwüstung auch dieser Plätze, wie unter 1. und 2. gesagt, verlangt.

4. Erhaltung der bisherigen Laubengartenflächen, soweit es irgend wie möglich ist, für alle Zeiten; denn diese Laubengärten bilden für alle armen Stadtmenschen eine notwendige Ergänzung ihrer Wohnung in wirtschaftlicher und gesundheitlicher Beziehung.

Schnelles und eifriges Bemühen, in großzügigster Weise und planmäßig ein Grünflächensystem für Groß-Berlin zu schaffen, in das die bereits vorhandenen Grünflächen, auch die Schlossgärten (Königsjäger usw.), Wälder und Wiesen organisatorisch eingepaßt werden, und in dem vor allen Dingen die noch vorhandenen unbebauten Flächen im richtigen Verhältnis teils als Laubengelände, teils als Grünflächen zum Tummeln der großstädtischen Bevölkerung verwertet werden. Dieses Grünflächensystem muß selbstverständlich in Zusammenarbeit mit den übrigen für die weitere bauliche Entwicklung Groß-Berlin maßgebenden städtischen Verwaltungsstellen bearbeitet werden. Die Stadtbauabteilungen, die an den verschiedenen Stellen Groß-Berlins in der näheren und ferneren Zukunft entstehen werden, müssen selbstverständlich in engem, geistigem und örtlichem Zusammenhang mit den neu zu schaffenden öffentlichen

Grünflächen stehen. Und schon aus diesem Grunde ist eine Zusammenarbeit mit den übrigen Stellen Groß-Berlins notwendig. Maßgebend für die richtige Bewertung der bisher noch unbebauten Flächen zum Zwecke dieses Grünflächensystems dürfen, wie gesagt nicht wie bisher sentimental-ästhetische Fragen sein. Einzig allein maßgebend für die Bewertung dieser Flächen muß die nackte Rechnung sein, wie viel öffentliche Grünflächen und Laubengartenflächen brauchen wir für die jetzige und die spätere Bevölkerung Groß-Berlins, damit wir endlich dazu kommen, die Wohnungsverhältnisse der Großstadtmenschen günstiger zu gestalten. Soziales Gefühl für die arbeitenden Klassen, ein weites Blick und eiserne Energie können die Grünflächenpolitik für Groß-Berlin zum Ziele führen. Aber jetzt ist es die allerhöchste Zeit dazu!

Groß-Berlin

Die Filmburg.

Auf einmal trucht eine Burg über die Kollersdorfer Dünen schwarzgrau in die blaue Luft. Iphenplize, Zigarette? Nein — eine Film-G. m. b. H. Im Tor steht noch ein Gegenwartsbau und dahinter wohlgezümmert Kantine mit offener Speisehalle. Aber schon ist ein Regierfraß da mit strohgedeckten Hütten. Auf einem Berg hohe Gerüste; das wird ein Schloß, sogar ein Schloß am Meer, denn unten liegt ein See. Einen anderen Gang hinauf mächtige Freitreppen; oben stand der Tempel, der in der „Gerrin der Welt“ vorchristlichmäßig einstürzen mußte. Aber um die Ecke ist noch ein Chinesenopiethoshaus da. Ein indisch Götterort reißt gräßlich sein Maul auf.

Drüben der Fürstenth im schwarzglänzenden Gemäuer. Und nun die Burg, uredt im 12. Jahrhundert. Weiße Nonnen, strin- und Annuntiofeldt — Räuber, graulich anzusehen. In der Kapelle wird seit Stunden gepocht. Sie sprechen die Rollenworte vor sich hin, damit die Geste echt wird; denn auf die Geste und den Blick kommt es an. Im Hebräischer springt der Spielleiter, der endlich „König! Aufnahme — los!“ kommandiert hat, zum Mar, die Letztistin nochmals zu korrigieren. Da ist ein Filmstreifen kaputt. Denn mit gelber Jade und Lebergemäßen in der Burgkapelle der Ritterzeit? Da capo! Inzwischen ist die Sonne hinter den Leinwandblenden weitergewandert und ihr Refler auf der Altartufen erfordert einen Ausgleich aus dem Parbtopf. „Kaler!“

Im Turm ein Blumenparquet, nichts von Traht und Papier; Jugbrüde und Bförtnerklawie, der Polas redt sich auf, drumten ist die Schenke, der Stall fehlt oben nicht, wo der Marschall über die Mähren schaltet.

Alles hat der Architekt zeitgerecht ausstudiert; Bobo Ebbertis mittelminijäse Burgrenovationen sind keine Wiederbaumachungen, auch fehlt's in echten Burgen am Photolicht. Im Tal ein deutsches Städtebild, getreu wie nur.

Wie im guten Theater körperliche Szenenriege statt Kulissen, und Freiheit ist noch besser als Appellkorrigent. Reint einer, der Spielfilm sei überhaupt kitsch, weil er aus dem Buch nur die Handlung, nicht ihre psychologische Begründung ausziehen kann? Aber die Filmerei muß den Menschen dienen, die sich das Theater nicht leisten können; sie lebt, Tausende leben von ihr — und der Lebende hat Recht. r. b.

Was heißt „Kundenliste“?

Es bleibt beim alten. — Lebensmittelkarten an Stelle der Fleischkarten.

Das sehr bedenkliche Experiment, das man gutzeit mit der Aufhebung der Reichsfleischkarte plant, kommt seinen eigenen Urhebern selbst so wenig gefeuert vor, daß man die sogenannte Kundenliste vorläufig beibehalten will. Die Kundenliste ist nun aber eine sehr frogwürdige Einrichtung, die keinerlei Gewähr dafür bietet, daß der Verbraucher überhaupt Fleisch erhält. Das heißt, er erhält welches, wenn der Fleischer, in dessen Liste er eingetragen ist, welches hat. Anderenfalls erhält er nichts und

Mit der Etappe.

Von Scholem Liechem.

Genich war von Wasser Gesichtsfarbe, schielte mit einem Auge, hatte auf dem anderen den blauen Star und wackelte mit dem Kopf. Vor Sadres, daß man ihn so unerwartet aus dem Hause geschleppt hatte, ohne daß er wußte wofür, gebärdete er sich so wild, daß er auf den Polizeikommandant den schlechtesten Eindruck machte.

Es entspann sich ein kurzes, aber heftiges Gespräch: „Bist du Genich, der Rascher?“ fragte ihn Blissecki, indem er den Jüngling von oben bis unten anschaute.

„Der bin ich, Genich, der Rascher,“ antwortete ihm Genich hastig. Im selben Augenblick fiel ihm ein, daß man ihn wahrscheinlich wegen seines Bruders David Leib gerufen hatte, und er beantwortete die Frage, noch bevor sie an ihn gerichtet wurde:

„Ich bin noch nicht achtzehn Jahre alt, so wahr ich ein Jude bin!“

„So? Die Sonnabende und Feiertage nicht mitaerznet,“ erwiderte Blissecki und blickte dem Jüngling in die Augen, wobei er den Star bemerkte. Bei diesem Blick wurde Genich ganz finster vor Augen, ein kalter Schauer durchrieselte seinen Körper, sein Herz drehte sich ihm zusammen und traurige Gedanken durchzuckten sein Hirn.

„Aus mit dem Schein! Verfallen — David Leib!“ dachte Genich. Er hätte dem armen Bruder so gern den Gefallen erwiesen — sich statt seiner zu stellen, — er ermannte sich also und begann plötzlich in einem Raubertwisch zu reden.

„Ich schändere euch, daß ich nicht älter bin als siebzehn Jahre, vielleicht einen Monat darunter oder darüber. Ich soll so glücklich nach Hause kommen! Ich sehe älter aus? Na? Das ist aber nicht wahr. Habtet nicht drauf! Wir sind solche Rasse! Vom fünfzehnten Jahr zeigt sich bei uns schon Bartwuchs!“

Blissecki schaute Genich an, schüttelte den Kopf und lächelte, als wollte er sagen:

„Du dem Star auf dem Auge und der totenbleichen Farbe doch das Härtschen wahrhaftig gut!“

Denn sagte er zu dem Diener, er solle Genich, während er die Portiere durchhub, hinunterführen

Genich verlor plötzlich allen Mut. Sein Gesicht wurde noch fahler, er begrub seinen armen Bruder auf ewig. „Ach, unglückseliger David Leib, es ist aus mit dir!“

„Menschenskind, Vogelstabe, matschelnde Entel! Wie kommst du denn hierher! Was hast du denn angestellt? Wer hat dich angezeigt?“ rief der rote Beril dem Ankommenden, dem Jüngling Genich, zu.

Der reiche Scholem Beer Tepsiker aus Tepsik betrachtete ihn unterdessen vom Kopf bis zu den Füßen, als wäre er ein Dieb, den man loeben erfährt hätte. Genich starrte seinerseits den Tepsiker Millionär nicht weniger erstaunt an. Als er diesen Wichtiguer, den reichsten Mann von Tepsik, hier sah, begann er zu stammeln und wußte selbst nicht, was er redete. Der rote Beril, der bekanntlich ein lustiger Kauz war und gern witzelte, auch wenn er keinen Heller für den Sabbat in der Tasche hatte, tat vor dem Jüngling, als wäre er ein begüterter Mann und spottete über den löpeltigen Genich, — wie es seine Art war, wenn er armen Leuten begegnete, die noch höhere Bedenkel waren als er. Um dem reichen Mann Freunde zu erwerben, stellte er sich auf dessen Seite.

Unterdessen hörte Genich nicht auf zu stammeln: „O weh mir! Was ist mir da passiert . . . Ich weiß nicht für was . . . Mein Bruder David Leib . . . Wenn sie etwo dahinterkommen, daß ich älter bin als achtzehn, dann ist er, Gott behüte, verloren . . .“

„Was schmalzt du da mit den Lippen, Narr?“ unterbrach ihn der rote Beril. „Sprich deutlich, Löpel!“

„Ich habe, was aus meinem Bruder David Leib wird“, erwiderte Genich.

Im selben Augenblick richtete er sich plötzlich auf und fragte den roten Beril:

„Sagt, wie sehe ich in Euren Augen aus?“

„Wie du aussehst? Du siehst aus wie eine rote Kuh“, antwortete Beril, über seinen eigenen Witz lachend, und sah zu dem reichen Schalom Beer hinüber, ob er mitlachte. Aber dieser lachte nicht, sondern war in den Anblick des Löpels Genich versunken und wunderte sich, wozu ein solches verfrüppeltes und entstelltes Gesicht auf der Welt lebte.

„Rein,“ sagte Genich, indem er mit dem schielenden Auge den reichen Juden anstarrte und mit dem Starauge Beril ansah, „das meine ich nicht, ich meine, wie viele Jahre Ihr mir gebt?“

„Was gebe ich dir?“

„Jahre, meine ich, mein Herr!“

„Ach, du willst wissen, für wie alt ich dich halte! Ich schätze dich, nicht öfter als zweiundzwanzig, vielleicht etwas darüber.“

Genich stieß vor Jorn einen lauten Schrei aus, stürzte auf den roten Beril, als ob dieser ihn zur Schlichtbank führen wollte und freisetzte: „Verräter! Kerl, was fällt dir ein! Was redest du! Warte nur! David Leib ist erst vor kurzem zwanzig Jahre geworden . . . das ist richtig, zweiundzwanzig Jahre ist er älter als ich, im ganzen zwei und ein halbes Jahr. Also, wie kann die Rechnung stimmen? Wie alt muß ich dann sein? . . . Nur, um zu reden!“ Genich sah dabei so hilflos und traurig aus, auf seinem Gesicht malte sich solche erbarmenerregende Trostlosigkeit, daß selbst der Reiche für ihn Interesse gewann und sich an ihn mit der Frage wandte:

„Ihr seid zwei Brüder, wie es scheint?“

„Zwei Brüder und eine alte Mutter und ein Mädchen von dreizehn Jahren, die in Stellung ist; ein jüngerer Bruder ist im Gefängnis angefaßt, dann sind noch zwei kleine Mädchen und ein kleiner Junge, der noch zur Schule geht . . . Für alle muß David sorgen . . . Wenn er, Gott behüte, genommen werden sollte, dann können wir alle in die Häuser betteln gehen . . .“ Genich erzählte, wie die ganze Geschichte mit der Musterungskommission gekommen war. Wahrscheinlich hatte jemand angezeigt, daß David über achtzehn Jahre alt war und sich noch nicht zur Musterung gestellt hatte, obgleich er bei der Thora schwören kann, daß er, Genich, noch nicht achtzehn Jahre alt ist . . . Nur wie zum Trost wuchs ihm schon der Bart, und alle Leute sagen, daß er wie zwanzig oder noch älter ausseht. Wenn es danach ginge, müßte David doch auch einen Bart haben. Indessen hat er keine Spur von Bart. Was werden sie aber anfangen, wenn David, Gott behüte, wegkommt? Genich wandte sich mit seinem Starauge zur Seite, hüffelte, lächelte sich und wickelte sich die Augen.

„Bedauernswert!“ entsetzte es dem Reichen unwillkürlich.

„Ein Trottel!“ bestätigte der rote Beril dem Reichen mit einem leisen Lächeln, das zugleich Spott und Mitleid ausdrückte. „Dieser Genich,“ fuhr er fort, „wie Ihr ihn hier seht, ist ein Trottel, und sein Bruder — ich kenne ihn — ist geradezu ein Garnichts! Er taugt zu einem Soldaten gerade so gut wie ich . . .“ Und zum Beweis, daß er, der rote Beril, wirklich nicht zum Soldaten taugte, rückte er sein lahmes Bein vor.

(Fortf. folgt.)

er darf noch nicht einmal zu dem nächsten Fleischer gehen, der vielleicht gerade über einen Heberschuh verfügt; er ist an das Geschäft gebunden, in dem er eingetragen ist.

Berechtigterweise macht sich deshalb in den Kreisen der Verbraucher, die der Kundliste nicht recht trauen, eine Erregung bemerkbar, da die Befähigung einer ungeredeten Verteilung der Fleischvorräte eben nicht von der Hand zu weisen ist. Die nach Aufhebung der Gültigkeit der Reichsfleischkarte zur Anwendung kommende Form der Verteilung soll jedoch, wie man sich an zuständiger Stelle mittelt, nicht so beforgniserregend sein. Die Festsetzung der neuen Art der Verteilung soll ohne Zwang den einzelnen Kommunalverbänden überlassen werden. In Berlin hat aber die Erregung gezeitigt, daß die Verbehrung der Kundliste nicht im Interesse der Bevölkerung liegt, da dann nicht die geringste Garantie für eine gerechte Verteilung der Vorräte bestehen würde. Die Folgen wären, daß der Magistrat die Kontrolle über die Fleischer verlieren und diese nach ihrem Gutdünken und bei entsprechenden Preisen die Verteilung vornehmen würden, bei der das laufende Publikum nicht gerade glänzende Abschnitte, d. h. wenn es dann überhaupt noch etwas „vorn herum“ zu kaufen bekäme. Aus diesen Gründen hat der Magistrat beschlossen, an Stelle der Reichsfleischkarte die Lebensmittelliste zu setzen. Die für einen Fleischbezug in Frage kommenden Nummern werden zu Anfang der Woche, in der sie gültig sind, bekanntgegeben. Die Bekanntmachung erfolgt wie bisher durch Säulenanschlag. Diese Art der Verteilung hat den Vorteil, daß den Hausfrauen das „Ansehen“ vor den Läden erspart bleibt. Die Hausfrau muß sich also zu ihren Fleischkäufen mit der Groß-Berliner Lebensmittelliste versehen. Das System der Verteilung ist nur mit dem Unterschied daselbst gegeben, daß an Stelle der Fleischkarte die Lebensmittelliste tritt und so eine Ersatzkarte an Papier zugunsten des Stadtfleisch erzielt wird. Die Verteilung weiterer Kreise der Bevölkerung, daß die Fleischverteilung zwar in der bisher üblichen Form weitergehen würde, aber ein „Anspruch“ auf wöchentliche Zuteilung nicht erhoben werden darf, trifft nicht zu. Es wird jetzt ebenfalls die Höhe der von Magistrat festgesetzten Ration durch Anschlag an den Säulen bekanntgegeben. Jede Person, die im Besitze einer Groß-Berliner Lebensmittelliste ist, hat nach wie vor Anspruch auf die festgesetzte Wochenration.

Im großen und ganzen stellt sich also die Sachlage jetzt so dar, daß der Berliner Magistrat für seinen Versorgungsbereich sehr berechtigterweise eine Korrektur der überlieferten Fleischkarten-aufhebung von „höherer“ Stelle vorgenommen hat. Was uns aber eine solche Behördeorganisation nützen soll, die in einer Art Befähigung, und Revisionstabelle Bestimmungen erläßt, die von verantwortlicher denkenden Stellen sofort revidiert werden, mögen die Götter wissen.

## Groß-Berlin und die Restverbände.

Das Schiedsgericht für Groß-Berlin trat gestern unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Dr. Waizer zu seiner zweiten Sitzung zusammen und hat, wie wir erfahren, folgenden Beschluß gefaßt: Zur vorläufigen Regelung des Verhältnisses der neuen Stadtgemeinde Berlin zu den Kreisen Teltow-Niederbarnim und Osthavelland sowie zu dem Provinzialverband der Provinz Brandenburg wird auf Grund des § 58 des Gesetzes vom 27. April 1920 über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin bestimmt:

1. Bis zu dem Zeitpunkt, in dem die später durch Vereinbarungen der neuen Stadtgemeinde mit den Restverbänden oder durch Schiedspruch des endgültigen Schiedsgerichtes festzusetzenden Maßnahmen wirksam werden, verbleiben vorbehaltlich der gemäß § 8 des Gesetzes zu bestimmenden Abschlagszahlungen auf die Entschädigungssumme alle in der Verwaltung der Landkreise und des Provinzialverbandes befindlichen Einrichtungen und Anstalten in der Verwaltung der Restverbände.

2. Folgende Krankenanstalten: im Kreise Niederbarnim das Kreis-Krankenhaus in Reinickendorf, im Kreise Teltow das Kreis-Krankenhaus in Veich mit dem dortigen Schweserhaus, das Stubenrauch-Krankenhaus in Uckerheide mit dem dortigen Mutterhaus und das Kreis-Krankenhaus in Cöpenick werden der neuen Stadtgemeinde Berlin zur Verfügung gestellt und zur Verfügung gestellt in Ansehung derjenigen Anstalten, die in den aus den Kreisen ausgegliederten Teilen wohnen. Die Verwaltungskosten werden den Landkreisen bzw. der neuen Stadtgemeinde Berlin nach den von ihnen in Ansehung genommenen Verpflegungstagen zur Last gelegt. Hierbei bleiben die Beträge zur Verzinsung und Tilgung der für Grunderwerb, Bau und Einrichtung aufgenommenen Anleihen, deren Auseinanderlegung der späteren Einigung oder der Beschlußfassung des endgültigen Schiedsgerichtes vorbehalten wird, außer Betracht.

3. Der Provinzialverband der Provinz Brandenburg stellt der neuen Stadtgemeinde Berlin in seinen zur Aufnahme von Personen bestimmten Einrichtungen und Anstalten, mit Ausnahme der Fürsorgeerziehungsanstalten, nach Maßgabe des Verhältnisses der auscheidenden Bevölkerung zur Bevölkerung der Restverbände Plätze zu seinen Selbstkosten zur Verfügung, wobei die Beträge zur Verzinsung und Tilgung der für Grunderwerb, Bau und Einrichtung aufgenommenen Anleihen außer Betracht bleiben. Die Erstattung der Kosten erfolgt vorbehaltlich der endgültigen Auseinanderlegung nach Maßgabe der bereit gehaltenen Plätze. Die gleiche Regelung gilt für den Kreis Osthavelland hinsichtlich des Kreis-Krankenhaus in Rauen.

4. Hinsichtlich der Fürsorgeerziehungsanstalten des Provinzialverbandes der Provinz Brandenburg übernimmt der Provinzialverband bis zu einer etwaigen abweichenden Einigung mit der neuen Stadtgemeinde Berlin keine Aufnahmeplätze für Fürsorgeerziehlinge aus dem Gebiet der neuen Stadtgemeinde, obwohl aber die bereits in seinen Fürsorgeerziehungsanstalten untergebrachten Fürsorgeerziehlinge aus dem Gebiet der neuen Stadtgemeinde bis zu ihrer Entlassung aus den Anstalten gegen Ertrag der nach Verpflegungstagen berechneten Selbstkosten in diesen Anstalten. Auch hier bleiben die Beträge der Verzinsung und Tilgung der für Grunderwerb, Bau und Einrichtung aufgenommenen Anleihen außer Betracht.

5. In den Fällen 2, 3 und 4 erfolgt die Abrechnung und Zahlung vierteljährlich. Mangels Einigung über die Abrechnung entscheidet das Schiedsgericht, das vorläufige Zahlungen aufzugeben sich vorbehalten.

## Groß-Berliner Erwerbslosenaktion.

Am Montag fand im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Regierungsdirektors Albrecht eine Sitzung der Kommission zur Beschaffung von Arbeit für Groß-Berliner Erwerbslose statt. An den Verhandlungen waren beteiligte Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsamt für Arbeitsvermittlung, des Preussischen Ministeriums für Volkswirtschaft, des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, des Oberpräsidenten als Demobilisationskommissar, des Landarbeitersamtes Groß-Berlins und Vertreter der Erwerbslosen und der Gewerkschaften. Es wurde eine Entschließung angenommen, nach der die Gemeinden Groß-Berlins bis zum 1. September beim Reichsarbeitsministerium Projekte einzulegen haben, die geeignet sind, Erwerbslosen Beschäftigung zu geben und die sofort in Angriff genommen werden können. In erster Linie haben Reich und Land entsprechende Maßnahmen vorzubereiten. Im Verlauf dieser Entschließung werden in den nächsten Tagen Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums mit den zuständigen Regierungsbehörden des Reiches und Preussens stattfinden. Die beim Reichsarbeitsministerium eingehenden Projekte der Gemeinden werden unter Beteiligung der Preussischen Regierungsbehörden geprüft werden. Erforderlichenfalls wird die Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums erbeten werden, um amgefangen der

augenblicklichen Notlage über die bestimmungsmäßigen Grenzen hinaus eine Förderung dieser Unternehmungen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu ermöglichen. Eine ebenso wohlwollende Behandlung werden selbstverständlich auch später eingehende Projekte erfahren. Es ist aber notwendig, daß bei ihrer Prüfung der bisher übliche Justizweg eingehalten wird.

## Beischlossene Auflösung des Wilhelm-Gymnasiums.

In einer gestern stattgefundenen Sitzung des Provinzial-Schulkollegiums wurde die Auflösung des Wilhelm-Gymnasiums in der Bellevuestraße beschlossen. Der Lehrkörper und die Schüler sollen von dem Französischen Gymnasium übernommen werden. Die vier Klassen, die sehr schwach besucht sind, sollen zusammengelegt und dem Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium angefügt werden. Der Plan unterliegt jetzt noch der Zustimmung durch das Ministerium.

Eine zahlreich besuchte Elternversammlung des Wilhelm-Gymnasiums hatte beschlossen, mit allen Mitteln gegen die anderweitige Verwendung des Geländes des Wilhelm-Gymnasiums zu protestieren. Dies Gelände sei gerade für Schulzwecke ideal geeignet, da es im Garten liegt, fern von Staub und Lärm, so daß im Sommer bei offenen Fenstern unterrichtet werden kann; auch hat das Gelände sehr hohe und große Klassenzimmer, breite Korridore und einen großen Schulhof wie kein anderes Schulgelände Berlins. Wenn die Schülerzahl des jetzigen Wilhelm-Gymnasiums zu klein würde, so läte man gut, andere Schüler, z. B. des französischen Gymnasiums, hinzuzuerlegen, aber keinesfalls sollte man der Schulpflicht das gesundheitlich beste Haus entziehen. Die Elternversammlung protestiert um so lebhafter gegen den Plan des Schulkollegiums, als bekannt ist, daß diese Behörde auch nur vorübergehend das Schulhaus besitzen soll; es ist vielmehr der Verkauf an eine Großbank im Gange! Also soll das gesundheitliche Interesse der Jugend spekulativen Zwecken geopfert werden!

## Heizt mit Torf!

Den meisten Berlinern scheint unbekannt zu sein, daß die öffentlichen in ihren Wohnungen vorhandenen Kachelöfen früher fast ausschließlich mit Torf wirksam geheizt wurden. Aber auch in Zentralheizungsstellen erzielt man mit Torf, besonders mit Koks oder Kohle vermisch, überraschend gute Heizwirkung. Torf ist öffentlich nicht bewirtschaftet und augenblicklich im freien Handel überall käuflich. Achtet man darauf, daß man gut lufttrockene Ware ohne Sand- und Tonbeimengungen erhält, so wird man bald finden, daß der Torf mit seinen langsamtrocknen reinen Brand durchaus kein minderwertiger Brennstoff ist. Dem Braunkohlenbrikett an Heizwertwert nicht nachsteht, dagegen den Braunkohlenbrikettsteinen um vieles überlegen ist. Außerdem hat die Asche des Torfes hohen Kalkgehalt und eignet sich deshalb sehr als Düngemittel für Heimgärten. Wer in diesem lobnarmen Winter nicht frieren will, sollte sich rechtzeitig mit gutem Torf eindenken.

## Billige Fahrgelegenheit für den Mittelstand.

Die teuren Fahrpreise zwingen insbesondere den Mittelstand, eine niedrigere Klasse, meist die vierte, auf ihren Reisen zu benutzen. Die dadurch ersparte Ersparnis wird aber, besonders bei weiten Reisen, dadurch vermindert, daß die Fahrt in den Wagen 4. Klasse meist unverhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nimmt. Die hohen Reisekosten verschlingen oft die Ersparnis an Fahrgehalt. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die 4. Klasse besonders auch in die beschleunigten Personenzüge aufgenommen wird, die über weite Strecken verkehren. Vielleicht läßt es sich auch ermöglichen, einzelne Schnellzüge in beschleunigte Personenzüge mit 4. Klasse umzuwandeln, wie dies zum Teil schon geschehen ist. Jedenfalls müßte in alle beschleunigten Personenzüge die 4. Klasse eingefügt werden.

Die Verlieferung von Einmachegütern. Nach der Bekanntmachung vom 17. August 1920 wird an die Einwohner Einmachegüter verteilt. Allen denjenigen Personen, denen es nicht möglich ist, die Anmeldung bis zum 26. August zu bewirken, sei es, daß sie in Krankenanstalten oder verreist sind, wird der Einmachegüter nachträglich geliefert werden. Zu diesem Zwecke ist die Nr. 41 der Groß-Berliner Lebensmittelliste bei Ausgabe an solche Personen, welche aus dem Krankenhaus entlassen sind oder von der Reise zurückkehren, zu verlassen und mit dem Stempel „Nachanmeldung“ zu versehen. Da der allgemeine Verkauf des Auslandsgüters mit dem 7. September 1920 geschlossen wird, ist der Auslandsgüter nach dieser Zeit nur noch in den Geschäften der Konsumgenossenschaft, von Kaiser's Kaffeegeschäft und von Emil Tengelmann zu beziehen. Personen, die nach dem 1. Oktober zurückkehren, haben keinen Anspruch mehr auf den Auslandsgüter.

Einsparung von Anteilsscheinen zur Kriegsanleihe. Die von der Berliner Sparkasse während des Krieges verausgabten Kriegsanleiheanteilscheine zu 1, 5, 10 und 20 M. gelangen jetzt zur Einlösung. Dieselbe erfolgt in der Zentralstelle für Anteilsscheine, Poststr. 5, Postamt part., werktäglich in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachm. Die Rückzahlungen sollen nach den Bedingungen auf der Rückseite der Anteilsscheine zum Kurzwert erfolgen. Die Sparkasse gewährt jedoch allen Besitzern von Anteilsscheinen, welche die Einlösung bis zum 31. Dezember d. J. bewirken, den Nennwert zuzüglich 5 Proz. Zinsen. Vom 1. Januar 1921 ab können daher Anteilsscheine nur noch zum Kurzwert eingelöst werden. Es liegt also im Interesse jedes Besitzers von Anteilsscheinen, die Einlösung bis zum 31. Dezember d. J. zu bewirken. Hierzu ist die Vorlage des Anteilsscheins zusammen mit dem Ausweisschein erforderlich. Fehlt eines dieser Teile, so ist der Verlust unter Vorlage des vorhandenen Teils anzugeben. Die Rückzahlung des Betrages erfolgt in bar oder durch Uebereignung auf ein Sparlassenbuch, Bank- oder Postsparkonto.

Wichtig für Pferdehalter. Nachdem vom 16. August 1920 ab der Hafer durch die Reichsgetreideordnung vom 21. Mai 1920 beschlagnahmt ist, wird der Magistrat zur Unterstützung der Versorgung des hauptsächlichsten Pferdebestandes auf die Zeit vom 1. bis 15. September 1920 für alle Pferde ohne Unterschied der Größe 3 Pfund Hafer je Kopf und Tag zur Verteilung bringen. Ausgenommen sind nur die Luxusperde und diejenigen Pferde, die ausschließlich oder hauptsächlich zum Verkauf gehalten werden.

Ein Schulausflug am sogenannten „Schanag“ soll auch für das Berliner Luthertageum geplant sein. Wir wiederholen hier, was wir bezüglich des Charlottenburger Monningengymnasiums gegenüber der gleichen Anordnung sagten. Die Wahl gerade dieses Tages für den Schulausflug halten wir nicht für zutreffend, sondern für schief. Und wird gemeinet, daß auch im Luthertageum eine Lehrerin ausdrücklich auf die Beziehung zwischen „Schanag“ und Schulausflug hingewiesen habe. Wir fordern, daß der Direktor des Gymnasiums Schmitt von seiner Dienstbehörde angewiesen wird, den Ausflug auf einen anderen Tag zu legen. Im übrigen scheint es uns dringend nötig, durch eine allgemeine Verfügung allen derartigen Demonstrationen überhoben einen Niegel vorzuschreiben.

Gegen Feldblitzschläge drohten die Landbäume der Kreise Teltow und Niederbarnim, wie wir in Nr. 412 feststellten, dreißig und gottverdammt den Gebrauch der Schußwaffe an. Das würde bedeuten, daß keine Flurhüter ohne weiteres die Todesstrafe verbürgen und vollstrecken. Unter Zugunahme auf jene Mitteilung empfiehlt in einer Zuschrift an uns ein in einem Vorort der Gültiger Bahn wohnender Genosse, daß die Gendarmerie und die Sicherheitspolizei in der Morgenstraße die Vorortbahnhöfe beobachten sollten. Er erzählt, wie Kleinrentner und Landkolonisten nur zu oft am Morgen bei Befähigung ihrer Feder

leben müssen, daß man sie in der Nacht auf schändlichste bestohlen hat. Die Kartoffelkulturen sind ausgerissen, die großen Kartoffeln hat der Spieghel mitgenommen, die kleineren noch unreifen liegen umher. Da kann einer in Put geraten, wenn er alles vernichtet sieht, was er sich erarbeitet hat und als Justiz zu seinen Knappen und teuren Lebensmitteln verwenden wollte. Unser Genosse schildert weiter, wie dem Bestohlenen zumute ist, wenn er morgens um 6 Uhr auf dem Wege zur Arbeit einem Trupp verächtlicher Gestalten begegnet. Jeder schleift auf dem Buckel seinen Sach mit zwei Rentner Kartoffeln zum Grünauer Bahnhof und man sieht da wöchentlich mindestens dreimal dieselben Gestalten, so daß man nicht Tiefschlaf aus Not annehmen kann.

Lebensmüde. Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern Abend auf dem Bahnhof Frankfurter Allee ab. Als nur 11 1/2 Uhr ein nach Straßal-Kummelburg fahrender Zug einlief, warf sich ein junger Mann vor die Lokomotive, wurde von den Rädern erfaßt und vollständig zermalmt. Der Selbstmörder wurde festgestellt als der 23 Jahre alte Korrespondent Kurt Friedrich aus Lichtenberg, am Stadtpark 3. Er war unbeschäftigt. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt. — Ein vorfälliger Selbstmörder war der 51 Jahre alte Rottmer Gustav Grubn, der von seiner Frau geschieden ist und in der Chausseestraße 83 wohnt. Er verachtete, bevor er den Gashebel öffnete, alle Türen und Fenster sorgfältig. So wurde der Gasdruck erit bemerkt, als er bereits tot war. — Mit Leuchtgas vergiftete sich ferner der 22 Jahre alte Werkzeugmeister Paul Zimmer aus der Dreier Straße 35. Unheilbare Krankheit hat den Mann in den Tod getrieben. — Erhängt hat sich gestern der 38 Jahre alte Kaufmann Hugo Hase aus der Biondschiffstraße 30. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauspielde gebracht.

Der Post- und Telegraphenverkehr mit dem Saargebiet ist wieder in vollem Umfange aufgenommen worden.

Die nächsten fünf Städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Dönges finden am Donnerstag, den 2. September, Freitag, den 3. September, und Dienstag, den 14. September, in den Germania-Hallen, Chausseest. 110; am Donnerstag, den 16. September, in der Brauerie Rönigslad, Schönhauser Allee 1011, und am Dienstag, den 21. September, in den Franzosenpark, Halensbeide 1238, statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr. Der Borsortan zu den Volkskonzerten findet statt in der Zentralhalle für Volkswirtschaft, Flughafenstraße 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelstraße 15, im Regarengelhof von Dorsch und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1 M. Kassenöffnung 7 Uhr. Die Programme werden rechtzeitig veröffentlicht.

Treptow-Sternwarte. „Orientierung am Sternenhimmel“ lautet das Thema des Lichtbildvortrages, den Herr Direktor Dr. Archenhold am Dienstag, den 24. August, abends 7 Uhr, hält. Mittwoch, den 25. August, abends 7 1/2 Uhr, spricht Herr J. Nicolai über „Verden der Kart: Rheinsberg und Sanktoul.“ Mit dem großen Fernrohr wird bei Narem Wetter am Tage die Venus, abends der Mond beobachtet. Führmann durch das astronomische Museum finden täglich in der Zeit von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt.

Die erste Zusammenkunft für Groß-Berlin der gewesenen politischen Inhaberten findet heute, abends 6 Uhr, in dem Restaurant Rautenstraße 72 statt. Desgleichen ist eine weitere — wenn mögliche — Zusammenkunft für entl. Delegierte des ganzen Reiches geplant, und sind darum die gewesenen politischen Inhaberten usw. dort gebeten, sich gleichfalls in den einzelnen Orten oder Bezirken zu vereinigen und sich in Verbindung zu setzen mit E. M. Dingering, Berlin W 57, Steinmetzstr. 45, 2. Hof IV.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Berlin e. V., Abteil. Oden. Grundversammlungen am Mittwoch, den 25. August, beim Gen. Bennewitz, Bülow-Steige-Str. 39.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Heute, 24. August:

2.—8. Abt. Bildungsausschussmitglieder! Neuchest wichtige Sitzung um 7 1/2 Uhr bei Reuter, Dagelesberger Str. 30 a. Im Schindererstraße bestimmte Vertretung.

11. Abt. 6 Uhr bei Geisler, Staller Str. 59: Sitzung der Bezirksführer, Betriebsvereinsleiter und Elternbeiräte.

Arbeitsgruppe Geländebrennen. 33.—35. und 41. und 45. Abt. 7 Uhr, Schulaula, Behrstr. 10: Besammlung der Elternbeiräte.

Treptow-Baumlandweg. Mitgliederbesammlung: 7 Uhr im Lokal von David, Am Reptower Park 67. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Kollmann über: Die politische Lage. Bericht vom Bezirksrat Lichtenberg. Der Bildungsausschuss hat die Gültigkeit zur Theater-vorstellung am 12. September im Koltheater auszugeben. Dieselben sind bei allen Funktionären sowie im Bureau, Niederbarnimstr. 4, bei dem Genossen Danonowski zum Bezirke von 3.30 M. zu haben.

Jungsozialistische Vereinigung (J. S. V.) Ortsgruppe Lichtenberg. 7 1/2 Uhr bei Eichenhain, Simplonstr. 12: Literaturabend. — Ortsgruppe Tempelhof. Heute abend Besuch der Sternwarte in Treptow.

### Morgen, 25. August:

3. Abt. Jablabend, 7 1/2 Uhr, bei Dittschlag, Schönberger Str. 16 und bei Racht, Uckerstr. 106.

8. Abt. Die Jablände der Abteilungen finden in folgenden Lokalen statt: 123/24, Bezirk bei Reim, Urbanstr. 39, 125/26, Bezirk bei Schmidt, Nollenbeide 58, 127/28, Bezirk bei Schulz, Urbanstr. 84, 128, Bezirk bei Rump, Halensbeide 11, 130, Bezirk bei Drogge, Diefenbachstr. 57, 131, 132, und 134, Bezirk bei Wolf, Schillerstr. 26, 133/35, Bezirk bei Vogt, Vogtstr. 8, 133, Bezirk bei Kotte, Diefenbachstr. 56, 137/38, Bezirk bei Schüller, Straßen 3.

13. Abt. 7 Uhr, Jablabend in folgenden Lokalen: Steinf, Ritterstraße 115; Niederspandau, Brandenburgstr. 54; Jonelet, Alexandrinenstraße 134; Stein, Sudower Str. 1.

19. Abt. Mitgliederbesammlung, 7 Uhr, bei Rahn, Schreinerstr. 62. Vortrag des Genossen Probst über Betriebsleiter-Organisation und ihre Bedeutung bei dem Wiederaufbau.

21. Abt. 7 1/2 Uhr, Jablabend in den bekannten Lokalen. Erscheinen dringend notwendig.

25. Abt. 7 Uhr, Mitgliederbesammlung im Königsstädtischen Realgymnasium, Wabertstr. 57/58. Vortrag des Genossen Viktor Schiff: „Sozialdemokratie und Kriegsjahr.“ Bericht vom Bezirksrat, Vorwärtsleiter sind hierzu eingeladen.

28. Abt. 7 Uhr, Jablabend in den bekannten Lokalen.

34. Abt. 7 Uhr, Jablabend bei Goldbach, Wilmstraße 7; Obblig, Straßander Str. 11; Obig, Bernauer Str. 13; Obblig, Gartenstr. 46.

37. Abt. 7 Uhr, Jablabend in den bekannten Lokalen.

37. Abt. 7 1/2 Uhr abends, Jablabend in folgenden Lokalen: Bezirke 727, 728, 733, 734, 735 bei Otto Schreiber, Verlegerer Str. 62; Bezirke 729, 730, 731, 732 bei Karl Schrammer, Rathenower Str. 74; Bezirke 736, 737, 738, 739 bei G. Voas, Rehrer Str. 18/19.

42. Abt. 7 Uhr, Jablabend in folgenden Lokalen: Behrenstr. Tagelre Str. 23; Hüttenmer, Triftstr. 49; Dohle, Nordhafen 6. Erscheinen aller dringend notwendig.

Niederhaueneide, 7 1/2 Uhr, im Wirtschaftsvorles, kleiner Saal, große öffentliche Volksversammlung. Referent: Genosse Dr. Weierstraß. Thema: Die politische Lage. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Wotdam. Frauenleisabend, 8 Uhr, bei Gluminst.

20. Abt. Der ertümlich bereits für den vergangenen Sonntag angegebene Ausflug, findet bestimmt am kommenden Sonntag, den 29. August, mit demselben Programm statt.

## Jugendveranstaltungen.

### Heute, 24. August:

Bernau. Vortrag: „Gehirn Feine.“ — Buchholz, 7 1/2 Uhr im Lokal von Hennig, Volenmaier Str. 56/57. Aufnahme der Mitglieder und Wahl des Vorstandes der neugegründeten Arbeiterjugend „Buchholz“. — Geländebrennen. Turnhalle der Schule Götterbaurer Str. 2. Turnabend. — Schöneberg. Auktionsstr. Ude Hauptstr. Vortrag: „Märliche Klagen- und Liederwelt.“ — Weihenau. Vebgenheim, Weidspromenade. Vortrag: „Wie soll man lesen.“

Vorsichtliches Wetter bis Mittwoch mittag. Andauernd kühl und meistens bewölkt, mit leichten Regenschauern; später langsam aufklarend bei schwachen nördlichen Winden.





die Aufforderung, sich zu ergeben. Die Bedingungen aber wurden von den Russen nicht angenommen.

Nach der „Post“ haben polnische Flieger wiederholt die deutsche Neutralität verletz, indem sie deutsches Gebiet überflogen, um die übergetretenen Russen (und was sie sonst wohl zu sehen erwartet hatten) zu beobachten.

Der polnische Nordflügel hat Bialystok genommen. Die Russen werden Kamenka West-Litwoffs, Erreichung der Flota Ripa (Szigalzen) und Vorrücken gegen Wangel. — Von beiden Seiten wird berichtet, daß die abziehenden Russen von polnischen Abteilungen bekämpft werden.

Der polnische Heeresbericht vom 23. behauptet, man habe den größten Teil der 4. Sowjetarmee und das ganze dritte Kadavertierkorps vernichtet. Die bisher im Abschnitt Lemberg operierenden feindlichen Abteilungen hätten den Rückzug angetreten.

Die Ententepresse nennt Namen deutscher Offiziere, die im Sowjetheer dienen. Die deutsche Regierung hat sie jedenfalls nicht hingeschickt. Wundert man sich in Paris, London und Warschau, daß arbeitslose Kriegshandwerker dorthin gehen, wo es Krieg und Beschäftigung für sie gibt? Wenn die Entente den Herrschaften anständigen Pension zahlen will, werden sie nicht zu Trost gehen. Die Reizung, sie für das Polenheer zu gewinnen, dürfte beiderseits gering sein.

### Wegand soll bremsen.

Amsterdam, 22. August. Nach einer Londoner Meldung entwickelt sich die polnische Gegenoffensive so erfolgreich, daß in gewissen politischen Kreisen bereits die Besorgnis geäußert wird, daß Polen zu weit gehe. Lord D'Abernon und Jussierand haben sich von Polen nach Warschau begeben, um mit General Wegand, dessen Ansichten jetzt in Polen maßgebend seien, sich über die Möglichkeit der Festsetzung der äußersten Grenze des polnischen Vormarsches zu besprechen. Marschall Koch, der zweifelslos der Urheber der strategischen Pläne sei, soll, wie verlautet, gegen einen weiteren Vormarsch auf russisches Gebiet sein, ebenso wie er gegen den früheren Vormarsch gegen Kiew gewesen sei. Er sei der Meinung, daß die Polen sich darauf beschränken müßten, das ethnographische Polen von den roten Truppen zu säubern.

London, 22. August. („Frankf. Jg.“) Der „Daily Express“ erhebt von dem polnischen General in London folgende Erklärung: Polen kämpft einzig und allein darum, die bolschewistischen Armeen vom polnischen Gebiet zu verjagen. Wir wünschen, daß der Frieden schnellstens unterzeichnet wird, aber wir nehmen Bedingungen nicht an, die an unserer nationalen Unabhängigkeit rühren oder die eine Einmischung Fremder in unsere inneren Angelegenheiten verlangen. Dies ist der Standpunkt, den die polnischen Delegierten beständig im Verlaufe der Verhandlungen verteidigt haben und der durch die militärischen Ereignisse, ob sie für uns günstig waren oder nicht, niemals geändert wurde.

### Rückkehr mit dem Galgen.

Breslau, 23. August. (Z. U.) Auch hier eingekerkerten Meldungen haben die Polen bei ihrem Einzug in Bialystok zahlreiche Verhaftungen von Personen vorgenommen, die angeblich mit den Russen während der Besetzung sympathisiert haben sollen. Sie werden vor ein Kriegsgericht gestellt.

In den Kämpfen bei Strassburg wurden zwölf Deutsche, die angeblich mit der Waffe in der Hand in den Reihen der Bolschewisten ergriffen worden seien, erschossen.

Wie von zuständiger Stelle in Breslau der „Denz“ mitgeteilt wird, wurde der jüdische Kaufmann Erich Rod von den Polen verhaftet und am 16. d. M. 8 Uhr früh in Posen erschossen.

## Mecklenburg löst Sipo auf.

Die Sicherheitspolizei in Mecklenburg-Schwerin hat sich während der Kapp-Tage unter der Leitung des republikanischen Obersten Lange als besonders zuverlässig für die Sicherung der Republik erwiesen. Sie ist deshalb den Reaktionsären seit langem ein Dorn im Auge, besonders seit sie gewagt hat, auch vor dem Afrifaner Lettow-Vorbed nicht ins Maulloch zu kriechen.

Jetzt hat nun die neue Mecklenburg-Schweriner Regierung durch Erlass die Auflösung der Sicherheitspolizei angeordnet, wie die nachstehende Drahtmeldung unseres Schweriner Korrespondenten mitteilt:

Am Sonntagabend wurde von der Sipo ein neues großes Waffenlager entdeckt. In einem Walde bei Bad Kleinen wurden vergraben aufgefunden: 80 Maschinengewehre, einige 80 Gewehre und etwa 2000 Schußmunition. Die Waffen waren frisch verpackt. Als Täter sind festgenommen zwei Wirtschaftsbedienten, ehemalige Offiziere, von einem Gute Hornsdorf, Besitzer Rittmeister v. Lübe. Das Gut liegt in unmittelbarer Nähe von Wismar. Gutsnachbar ist der bekannte deutschnationale Abgeordnete v. Gräfe. Die aus deutschnationalen und Deutschen Volksparteilern bestehende mecklenburgische Staatsregierung hat heute einen Erlass veröffentlicht, nach welchem die Sipo aufgelöst wird und an deren Stelle eine Ordnungspolizei tritt.

Das Zusammentreffen der Waffenentdeckung am Sonntagabend mit der Veröffentlichung des Auflösungs-Erlasses am Montag ist — natürlich! — nur ein ganz zufälliges. Es trifft sich auch nur ganz zufällig, daß die neue mecklenburgische Regierung lediglich aus deutschnationalen und Deutsch-Volksparteilern besteht, also aus Reaktionsären reinster Wasser. Und daß diese Regierung ihre Existenz nur fristen kann auf Grund der Tatsache, daß die — Unabhängigen ihr in den Sattel halten und sie darin festhalten. Diesen Umstand macht sich die reaktionäre Gesellschaft zunutze und löst die republikanische Sicherheitspolizei auf, um daraus eine „Ordnungspolizei“ zu machen. Es sollte uns sehr wundern, wenn man nicht sogleich entdecken würde, daß „leider“ für die verdienten Führer der Sipo in der Ordnungspolizei keine entsprechenden Plätze frei sind. Vielleicht stellt man dafür die Wirtschaftseliten ein, die so schön die Waffen vergraben konnten.

## Neuer Spitzelspuß?

B. L. B. verbreitet folgende Meldungen aus Magdeburg, die schon angesichts ihrer Quelle nicht ohne Vorbehalt aufzunehmen sind:

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag drang in Schönebeck a. d. Elbe eine bewaffnete Bande in die Gummi-Fabrik von Wiloy ein, erklärte, die Fabrik stehe zur Verfügung der roten Armee und entwendete ein Auto.

Als die Sicherheitspolizei nach der Auflösung einer kommunistischen Versammlung in Schönebeck die kommunistischen Führer festnehmen wollte, kam es zu einer längeren Schießerei.

## Die Waffentransporte.

In später Nachtstunde wird uns über das Ergebnis der am gestrigen Abend im Reichskanzlerpalais unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Fehrenbach stattgefundenen Besprechung der amtlichen Stellen mit den Vertretern der Arbeiterschaft mitgeteilt:

Es ist darüber volle Einigung erzielt worden, daß die für Neutralitäts- bzw. geschwädrige Zwecke bestimmten Transporte angehalten werden.

Durchzulassen sind jene Transporte, die Deutschland auf Grund des Friedensvertrages verpflichtet ist, fahren zu lassen, also auch die Waffen- und Munitionszüge, deren Inhalt an die Westmächte ausgeliefert bzw. zerstört werden soll.

Ferner sind die für die Reichswehr und die Sipo bestimmten Transporte durchzulassen auf Grund einer von Fall zu Fall durch eine besondere Kommission zu erteilende Genehmigung. Vertreter der Arbeiterschaft werden zu dieser Kommission herangezogen und über die Erteilung dieser Genehmigungen mitberaten und mitentscheiden.

Besondere Reichspolizeistellen sollen zur strikten Durchführung dieser Abmachungen eingerichtet werden.

Wir werden über die Einzelheiten der gestrigen Besprechung, die erst kurz vor Mitternacht beendet wurde, und ihrer Ergebnisse noch zurückkommen.

die mit dem Rückzug der Kommunisten endete. Dreißig Personen, die größtenteils aus Magdeburg stammten, wurden verhaftet.

Am Sonnabend nachmittag kam es in Staßfurt, trotzdem der Spartakusbund vor Gewalttätigkeiten gewarnt hatte, nach Verendigung einer von der K. K. P. D. einberufenen Versammlung zu Schießereien, in deren Verlauf das Rathaus mit Maschinengewehren gestürmt wurde. Die Gefangenen wurden befreit und Plünderungen und Erpressungen sowohl bei Privaten wie bei der Kreisparlatte und der Post vorgenommen. Als eine Hundertschaft der Magdeburger Sicherheitspolizei eintraf, verschwanden die Kommunisten spurlos.

Gestern nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr drangen sechs bewaffnete Männer in das Postamt in Staßfurt ein und forderten von dem Beamten mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe aller Wertsendungen. Den Beamten wurde gestattet, den Postdirektor herbeizurufen, der die geforderten Wertsendungen herausgab. Darauf verschwanden die Banditen, von denen jede Spur fehlt.

Alle diese Streiche tragen den Stempel der Spitzelmache zu deutlich an der Stirn, als daß es sich lohnte, sich hierüber besonders aufzuregen; die Reaktion, die sich in ihrer Existenz bedroht sieht, braucht eben „Putzsch“, die ihre Notwendigkeit beweisen. Und da die Arbeiterschaft sich dazu nicht hergibt, solche „Beweise“ zu liefern, verschafft man sie sich mit Hilfe aller möglichen dunklen Elemente.

Düsseldorf, 23. August. (M. B.) Infolge der kommunistischen Putschversuche der letzten Tage ist die Kontrolle bei den Uebergängen in das besetzte Gebiet außerordentlich verschärft worden. Jede Person wird körperlich untersucht, und zwar hauptsächlich nach Waffen und kommunistischen Zeitungen und Flugblättern. Gestern wurden auf der Rheinbrücke bei Düsseldorf acht Personen von dem belgischen Posten verhaftet, weil sie Waffen bei sich trugen. Waffenscheine, die von den deutschen Behörden ausgestellt sind, werden von den belgischen Posten nicht mehr anerkannt.

## Die U. S. P. schießt aus!

Hamburg, 23. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Hamburger Metallarbeiterverband ist, wie an dieser Stelle gemeldet, die U. S. P.-Ortsverwaltung zum Rücktritt gezwungen worden. Die Versammlungen, die zur Stellungnahme über die Neuwahl stattfanden, ergaben das Bild, daß der radikalste Flügel der U. S. P. die Aufstellung einer reinen U. S. P.-Ortsverwaltung mit Anschlussenden an die Halleische Käteorganisation wollte, während ein anderer Teil der U. S. P., darunter ein Teil der bisherigen Gewerkschaftsführer bereit war, in eine paritätische, aus beiden Parteien zusammengelegte Ortsverwaltung einzutreten. Dementsprechend wurden zwei Listen zur Neuwahl, die in diesem Monat stattfinden, aufgestellt. Der Vorstand der U. S. P. Groß-Hamburg hat darauf, wie das U. S. P.-Organ heute mittig mitteilt, beschlossen, das Ausschlußverfahren gegen alle jene U. S. P.-Genossen einzuleiten, die sich an der Bildung einer paritätischen Ortsverwaltung aktiv oder passiv beteiligen wollen. Vernünftige Leute haben in der U. S. P. keinen Platz mehr, das zeigt sich immer deutlicher.

## Sowjetlyrik.

Am Sonntagabend erging sich in der Unionsbrouerei, Hafenside, vor einer Versammlung der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderer nach Sowjetrußland Dr. Alfons Goldschmidt, der ein paar Wochen in Moskau war und ganze zwei Fabricsen besucht hat, in leidlichen Tönen auf Sowjetrußland. Diskussion gab's nicht, als aber Antragen nach Tatsachen gestellt wurden, lief die Antwort immer auf „Es wird schon werden!“ hinaus.

## Ein Dortenianer.

Frankfurt a. M., 23. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Vor einigen Wochen hat die französische Besatzungsbehörde den Kaufmann Hoyer aus Viebach ausgewiesen. Er ist aus seiner Tätigkeit für Dorten bekannt geworden. Er hat vorübergehend der sozialdemokratischen Partei angehört und ist aus dieser unter (für ihn! Red.) wenig erfreulichen Umständen ausgeschieden. Bei seiner Ankunft in Frankfurt a. M. wurde er wegen Hochverrats verhaftet und befindet sich heute in Untersuchungshaft. Sein Verteidiger hat nunmehr den Antrag gestellt, ihn auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August in Freiheit zu setzen und das Verfahren einzustellen, da er nicht als Haupttäter in Betracht kommt und die Anzeigen gegen ihn maßlos übertrieben seien.

## Wegen Spionage verurteilt.

Das Reichsgericht beurteilte den Vergarbeiter Josef Pughl aus Wattencheid wegen verurteilten Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Freiheitsstrafe unter Anrechnung von einem Jahre und sechs Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Pughl war im April 1917 als Heizer auf einem deutschen Schiff nach Rotterdam gekommen und hatte dort dem englischen Spionagebureau Nachrichten über Abfahrt, Besatzung und Weg des Schiffes gegen Bezahlung übermitteln. Das Gericht nahm einen minder schweren Fall an.

## Deutschösterreichs Hoffnung.

Im Hauptauschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung führte Staatssekretär Gen. Dr. Renner aus:

Mit dem Deutschen Reich verbindet uns dauernd das gleiche ungebrochene Vertrauen und die tiefe Sympathie, die aus der Gemeinschaft der Geschichte, der Sprache und Kultur wie des letzten Schicksals entspringt.

Was auch zur Stunde eine beachtliche Unwissenheit über die Verfassung der Welt schwebt, das ist sowohl über den inneren Bestand der Entente wie über die Wirkungsmöglichkeiten des Völkerbundes, so muß und doch die eine Hoffnung leben, daß in irgendeiner Form die Völkergemeinschaft Europas und der Welt politische Gestalt gewinnen und damit uns das Forum geschaffen wird, vor dem wir

### unsere gerechte Sache

erfolgreich führen werden. Jedenfalls ist der Völkerbund die Keimform dieser neuen Organisation der Welt, und die Staatsregierung wird zu gelegener Zeit an die Nationalversammlung mit dem Antrag auf unseren Beitritt zum Völkerbund herantreten. Dort werden, so hoffen wir zuberzünftig, zugleich unsere wirtschaftlichen Bedrängnisse überwunden und unsere

### nationalen Ideale verwirklicht

werden ohne jeden Appell an die Gewalt. Es dahin wollen wir unter der Last, aber auch unter dem Schutz der Verträge an unserer inneren Wiederaufrichtung arbeiten.

Deutschösterreich kann gewiß sein, daß in Deutschland sein Ansehen ebenso stark erachtet wird wie drüben. Hat auch bisher der fast einmütige Wille unseres noch schwerer heimgeführten Brudervolkes noch nicht das geneigte Ohr der Großmächte für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefunden, so ist doch zweifelslos seit dem Zusammenbruch das Bewußtsein unserer Zusammengehörigkeit mit den Deutschösterreichern stark gewachsen. Auch hier gilt in allen zeitlichen Akten das Wort des Angengruberschen Steinlocherhands, das wir heute hinüberrufen: „Du g'hörst zu dem allen, und das alles g'hort zu Dir — es kann Dir ja nit g'schehn!“

## Angloägyptische Unabhängigkeit.

Paris, 23. August. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London soll sich die englische Regierung entschlossen haben, Ägypten die Unabhängigkeit zu gewähren. Das Protektorat vom 18. Dezember 1914 soll aufgehoben werden. Ägypten werde das Recht haben, selbständig im Auslande diplomatisch verfahren zu sein und Mitglied des Völkerbundes zu werden. Das englische Besatzungsheer soll zurückgezogen werden. Nur in Suez sollen noch englische Streitkräfte verbleiben, die den Isthmus hätten, den Suezkanal zu sichern.

Die gewaltige Steigerung der Wirtschaftslage auch der ägyptischen Bauern macht sie politisch ungefährlich. Da kann man schon so tun, als ob. Man lese nur:

Nach der „Times“ wird England die Integrität Ägyptens gegen jeden fremden Angriff sicherstellen. (Wer soll denn? Red.) Dagegen aber muß Ägypten England im Rück eine bevorzugte Stellung einräumen und im Falle eines Krieges ihm jede Erleichterung auf ägyptischem Gebiet geben. England wird eine Garnison in Ägypten in der Kanalzone unterhalten, deren Basis jedenfalls Suez sein wird. Ägypten soll keine ausländischen Beziehungen „selbst“ leiten unter der Bedingung, daß es keine Verträge abschließt, die sich nicht mit der englischen Politik vertragen. Ägypten werde auch das Recht haben, diplomatische Vertreter im Ausland zu halten, jedoch würden sie wahrheitsgemäß gegenwärtig auf die Länder beschränkt bleiben, in denen Ägypten Handelsinteressen habe. Die Kapitulationen werden aufgehoben und die Kontrolle der Gesetzgebung über die Ausländer dem Oberkommissar (Der bleibt? Red.) übertragen.

Gesklärter Alibiwels. Wir hatten bereits in unserer Nr. 407 unseren Lesern von dem Protest des Herrn Friedrich Wagner gegen unsere Reiz „Revolverjournalisten“ Kenntnis gegeben. Herr W. hatte sich als das Opfer eines unglücklichen Zufalls bezeichnet, da er in der Zeit, in der die von uns freizitrierte und Wagner zugeschriebene Schmutznote über unsere Parteigenossen im „kleinen Journal“ erschien, von Berlin abwesend war. Wir bemerkten, daß wir die Richtigkeit seiner Angaben nicht nachprüfen könnten und daß die betreffende Nummer des „kleinen Journal“ von ihm verantwortlich gezeichnet war. Herr W. erklärt dies durch ein Versehen des Verlegers und hat uns neuerdings Beweise dafür geliefert, daß er tatsächlich damals verreist war. Unter diesen Umständen stehen wir nicht an zu erklären, daß ein Zusammenhang zwischen seinem Privatbrief an Dr. Hefephand und der später erschienenen Schmutznote offenbar nicht besteht und daß, wie er es übrigens selbst offen zugab, nur der Schein gegen ihn ira's.

Den Gipfel der Unverfrorenheit erklimmt die Daimler-Motoren-Gesellschaft, indem sie einen von der Zeitschrift „Der freie Angehörte“ veröffentlichten Auszug aus dem Bericht der Prüfungskommission über ihre Geschäftsabrechnung im Kriege als „grobe Fälschung“ bezeichnet, ohne dabei den Bericht überhaupt zu kennen! Wir sind durch eigene Kenntnis des umfangreichen Berichtes und des froglischen Auszugs in der Lage festzustellen, daß beide in allen für die Beurteilung wesentlichen Punkten übereinstimmen, daß also von einer „grobe Fälschung“ nicht die Rede sein kann. Wo Unrichtigkeiten der Darstellung vorliegen mögen, können sie das Gesamtbild der Daimlerproffiken nach keiner Richtung hin beeinflussen. Die D. M. G. unternimmt also hier den nicht nur von ihr geübten Versuch, durch Diskreditierung des veröffentlichten Materials sich reinzuwaschen. Wir regeln das fest, um dem durcheinander Treiben des Vorstandes der Daimler-Gesellschaft von vornherein die Spitze abzubrechen.

Deutscher Botschafter für Frankreich. Die Agentur Havas teilt mit, daß die französische Regierung ihr Agément zur Ernennung des Ministers Dr. Mayer zum deutschen Botschafter in Paris gegeben habe.

Deutschlands Auslandsvertretungen. Der bisherige Chef der englischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Homberg soll die Gesandtschaft in Kristiania übernehmen. Für Buenos Aires ist der Gesandte Pauli in Aussicht genommen, zuletzt Chef der amerikanischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, für Rio de Janeiro der Generalkonsul Plehn, der auf verschiedenen Auslandsposten derselben Abteilung tätig war. Für die Botschaft in Rom ist der Hamburger Senator Berenberg-Göhler auserselien. Die diplomatische Vertretung in Riga erhält Dr. Weber, der zuletzt bei der Gesandtschaft in Prag war. Der bisherige Leiter der Friedensdelegation in Paris, Ministerialrat Dr. Geyper, hat die Leitung der Friedensabteilung der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes übernommen. Er wird in Paris durch den Gesandten v. Matibus ersetzt.

Der Führer der Röhrener „Kommunisten“ verhaftet. Aus Halle wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Der Führer des Röhrener Kommunistenparties, Oberlehrer Dr. Berg, wurde hier verhaftet, nachdem ihn hiesige Linksoffiziale, bei denen er Unterschlupf und Unterschlupf suchte, abgewiesen hatten.

# Gewerkschaftsbewegung

## Tagung des Ausschusses der A. D. G.

Am 17. und 18. August fand eine Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin statt, die sich in erster Linie mit der durch das Kohlenabkommen von Spa aufgeworfenen Frage der Ueberarbeit im Bergbau zu beschäftigen hatte. Der Ausschuss kam nach einstimmiger Aussprache über diese Angelegenheit zu folgenden Beschlüssen:

Der Bundesausschuss bringt zum Ausdruck, daß die Ueberarbeit der Kohlenförderung nicht durch eine dauernde Ueberarbeit der Bergarbeiter erzielt werden kann. Wenn trotzdem vorübergehend zu solchen Ausnahmemaßnahmen gezwungen wird, so kann dies nur für zulässig erklärt werden, wenn sofort versucht wird, durch andere Vorkehrungen die Kohlenförderung auf die unbedingt notwendige Höhe zu bringen. Der Bundesausschuss fordert deshalb von der Regierung, daß

- die Sozialisierung der Kohlengewinnung und -verteilung in Angriff genommen und spätestens im Oktober 1920 dem Reichstag ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt wird,
- die vor Inkrafttreten des Betriebsratsgesetzes bestehenden Rechte der Betriebsräte nicht geschmälert, sondern erweitert werden. Diese Erweiterung der Rechte muß sich besonders auf die Kontrolle der Produktion, des Absatzes, des Selbstverbrauchs und der Preisbildung im allgemeinen wie für die Nebenbetriebe und Hüttenanlagen erstrecken,
- die Versorgung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln dauernd und ausreichend sichergestellt wird,
- die technischen Vorbereitungen zur Einführung der Sechsstundenarbeit für die unterirdischen Steinkohlenbergarbeiter auf internationaler Grundlage baldmöglichst erfüllt werden. Bis dahin ist den Bergarbeitern die jetzt tariflich vereinbarte Schichtzeit zu sichern. Etwas darüber hinausgehende notwendige Arbeit ist als Ueberarbeit oder Ueberstunden zu bewerten und zu bezahlen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde dann u. a. Einspruch erhoben gegen die Absicht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den diesjährigen internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel abzuhalten, weil dadurch den deutschen Gewerkschaften die Teilnahme sehr erschwert würde. Als Tagungsort wurde Kopenhagen vorgeschlagen und beschlossen, sich an einem Kongress in Brüssel nicht zu beteiligen.

Am letzten Tage wurde vor der Förderung deutscher Einwanderung nach Sowjetrußland gewarnt, da dort zurzeit für deutsche Industrie, wie auch Landarbeiter alle Voraussetzungen erfolgreicher Betätigung und auch nur der Freizügigkeit der ärztlichen Leistungen fehlen. Rußland kommt gewiß für die künftige Auswanderung ganz hervorragend in Frage, aber hierfür müßten die Bedingungen und Aufnahmefähigkeiten erst durch Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen und durch Sachverständigenausschüsse geordnet und vorbereitet werden.

## Der Hamburger Verkehrsstreik beendet.

Hamburg, 23. August. (Eigener Drahtbericht des Vorwärts.) Nach fast achtstägiger Dauer ist der Hamburger Verkehrsstreik heute beendet worden. Auf Veranlassung des hamburgischen Senats sind Vergleichsverhandlungen durch den Wirtschaftsrat Groß-Hamburgs geführt worden, die am Montag nachmittag zu einer Einigung führten. Die Arbeit wird am Mittwoch früh wieder aufgenommen. Es wird eine Wirtschaftshilfe im Betrage von durchschnittlich 100 M. gezahlt. Maßregelungen und Entlassungen dürfen nicht stattfinden. Bei den Verhandlungen wurde seitens der Leitung der Verkehrsbetriebe betont, daß ohne eine erneute Tarifierhöhung Zulagen nicht bewilligt werden könnten. Da die Forderungen der Streikenden, ebenso wie diese Tatsache als rechtlich anerkannt werden mußten, blieb nichts anderes übrig, als die erforderlichen Mittel vom Staate als Zuschüsse anzufordern. Der Vertreter des Senats erklärte, daß die Bürgerschaft und der Senat zweifellos zu dieser Maßnahme ihre Zustimmung geben würden, worauf der obengenannte Vergleich geschlossen wurde.

## Gas- und Wasserarbeiterstreik.

Die Arbeiter der städtischen Licht- und Wasserwerke sind am Montag in den Ausstand getreten. Die Arbeiter haben neuerdings die Forderung erhoben, es sollten ihnen wieder wie dies in früheren Jahren der Fall gewesen ist, auf den Kopf 104 Heller Gaslohn jährlich zum halben Preis zur Verfügung gestellt werden. Die Vergünstigung wurde vom Magistrat und der Kommission der Licht- und Wasserwerke als unter den

heutigen Verhältnissen undurchführbar und gesetzlich unzulässig abgelehnt.

## Die kommunistischen Cuerttreiber.

Bekanntlich wurde die A. V. D. wegen ihrer Cuerttreiber von den Arbeitern der Arbeiterorganisationen über die Durchführung der Neutralität Deutschlands ausgeschlossen. Dafür quittiert die „Rote Fahne“ in ihrer Nr. 183 in einem Artikel

## Arbeiterjugend, auf zum Reichsjugendtag in Weimar!

Als vor wenigen Monaten der Ruf unter der Arbeiterjugend laut wurde: „Auf zum Reichsjugendtag!“, da löste eine Flamme der Begeisterung in den Herzen der Tausende, die unter der Sturmfahne der Arbeiterjugendbewegung marschieren, auf, eine Flamme freudiger Begeisterung, wie sie nur aus dem mutigen Willen der Jugend emporginget. Jeder einzelne fühlte diesen Willen in sich dräuen, fühlte seinen Willen als einen im Riesenschrei des Volkes aller!

„Es muß und gelingt!“ gelobten wir — „es wird und gelingt!“ — diese Zusage dürfen wir schon heute legen.

Es war dem Hauptvorstand wahrlich nicht leicht gewesen, in dieser Zeit allen Hindernissen, die sich aufdrängten, zum Trotz eine derartige Massenfundgebung vorzubereiten, so vorzubereiten, daß sie als erste gewaltige Kundgebung des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands Geist und Willen unserer Bewegung, Geist und Willen der Arbeiterjugend würdig verkörpert. Noch ehe wir zu bedenken: Sollen unsere Forderungen — denn Weimar wird eine Tribüne der Jugend sein, auf der sie fordernd ihre Stimme erhebt — sollen unsere Forderungen in ganz Deutschland nicht nur geäußert, sondern auch beachtet werden, so dürfen nicht nur die Delegierten, so muß die Jugend selbst in Scharen herbeiströmen. Es dürfen nicht nur ein paar Hundert sein, die nach Weimar kommen — mindestens Tausende müssen erscheinen, als Vortrupp der vielen Tausende, die kampfbereit hinter unseren Forderungen stehen.

Wenn Arbeiterjugend begeistert und entflammt ist, ist es nicht eine Stichflamme, die aufflackert und wieder erlischt — unsere Begeisterung ist ein Feuer, das Dauer hat, weil es geschürt wird von energischem Willen — Kampfwillen für das Ideal des Sozialismus! So haben sich denn schon heute

acht-hundert Jugendgenossen für die Weimarfahrt angemeldet, zumal wir Fahrpreisermäßigung haben, wenn wir geschlossen von unseren Bezirksstellen aufbrechen. Daß diese große Beteiligung schon bis heute möglich war, obgleich bei der Arbeiterjugend das Geld wahrhaftig nicht heutzutage vorhanden ist, ist ein außerer Ausdruck unserer Kampfbereitschaft und gibt uns die Gewißheit, daß noch viel mehr als Tausend nach Weimar kommen werden!

Sind wir in Weimar, erfahren wir alles Nähere: Quartierfrage, Sammelpunkt usw., im Volkshaus, Buttelsdorfer Straße. Wendet euch vom Bahnhof aus gleich dort hin.

Jugendgenossen! Jugendgenossinnen! In letzter Stunde:

## Auf nach Weimar!

„Burgfriede oder revolutionäre Solidarität“ unter anderem mit heftigen Angriffen gegen die Vertreter des Eisenbahnarbeiterverbandes in der Kommission. Sie schreibt:

Die Eisenbahner aus den Verhältnissen, die die Unterdrückung der Spitzenorganisation verlangt hatten, waren über das trübende Spiel des Regens mit der Arbeiterkraft getrieben, ab, erbittert. Sie haben gegen den Ausschluß unserer Vertreter protestiert. Sie wissen, daß die kommunistische Partei als die Vorhut des Klassenbewußten Proletariats auf der Wacht steht, um alle Waffenstellungen zugunsten Polens, zugunsten der deutschen Arbeiterrevolution zu unterbinden.

Die Ortsverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahnarbeiterverbandes und die Bezirksverbände der Eisenbahndirektion Berlin senden uns dazu eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Der Vertreter der Eisenbahner stellte im Einvernehmen mit den anderen dort befindlichen Kollegen fest, daß bisher alle Kollegen der verschiedenen Partisierungen in der Frage der Waffen- und Munitionstransporte ihre Pflicht getan haben. Der Artikel in der „Rote Fahne“ habe leider eine Verstimmung in einem großen Kreis von Kollegen gebracht. Sie sind der Ansicht, daß eine solche Handlungsweise nicht geeignet sein kann, eine geschlossene Front der Arbeiterkraft herbeizuführen. Der Beweis einer Verräterei sei bisher noch nicht erbracht und sind solche Angriffe nicht gut zu heißen, zumal ja der Vertreter der A. V. D. diesen Aufsatz mit unterzeichnet hat. Trotzdem hat der

Vertreter der Eisenbahner von Berlin weiterhin mit der A. V. D. zu arbeiten in der Erwartung, daß weiterhin solche grundlosen Angriffe unterbleiben. Man müsse unbedingt voraussetzen, daß die Unterzeichner, auch persönlich für ihre Beschlüsse einstehen. Eine diesbezügliche Erklärung ichteten die Vertreter der A. V. D. ab. Die Abstimmung entschied trotzdem für Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der A. V. D., bis Garantien gegeben würden, daß solche die Geschlossenheit der Arbeiterkraft schädigende Vorkommnisse unterbleiben. Von Seiten der Eisenbahner wurde noch festgestellt, sie wünsche, daß jede Arbeiterorganisation oder Arbeitergruppe im Interesse des Friedens zu unterbleiben haben. Eine Reichskommission müsse gebildet werden, welche das Kontrollrecht über alle Transporte haben müsse, weil sonst die einzelnen Betriebsräte der Arbeit nicht gewachsen sein könnten.

**Buchbinderverband.** Vertrauensleute der in Buchbinderen, Buchdrucker und Geschäftsbuchbindern beschäftigten Buchbinder und Buchdruckerinnen! Dienstag, den 21. August, nachmittags 4,5 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelwiler 15: Vertrauensmännerversammlung. — Briefumschlaabrande, Donnerstag, 24. August, nachmittags: Vertrauensversammlung bei Graumann, Raumstr. 27.

**Achtung, Buchdrucker!** Am Restaurant Nummerstraße 11, neben Scherl, findet ab heute täglich von 4-6 Uhr die Materialausgabe für die Buchbinder zum Verbandsnachhand statt. Die Vertrauensleute werden ersucht, reichlich Material abzugeben.

**Deutscher Transportarbeiterverband.** Hausdiener, Lagerarbeiter und Arbeiter aus der Papier- und Gassen-Engros-Branchen: Mittwoch, den 25. August, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der 7. Gemeindehalle, Stallstraße 54 a: Gruppenversammlung. — Branche Metall-Handel, Am Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr, bei Feylara, Köpferstraße 15: Gruppenversammlung.

## Gerichtszeitung.

### Die Nervosität im Straßenbahndienst.

#### Transportgefährdung durch einen Schaffner.

Ein Augenblicksbild aus dem hypernervösen-hallenden Berliner Verkehrsleben entrollte eine Verhandlung, welche gestern die 9. Ferienkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen schuldiger Transportgefährdung und vorsätzlicher Körperverletzung war der frühere Straßenbahnschaffner Reich Schulte angeklagt.

Am 6. September v. J. befand sich der inzwischen entlassene Angeklagte auf dem Anhängewagen der Linie 41 und war, als der Wagen an der Haltestelle auf der Jannowitzbrücke hielt, im Wageninnern gerade mit dem Kassierer beschäftigt. Da es der letzte Wagen war, stürzte alles hinein und der in dem überfüllten Wagen schon nervös gemordene Angeklagte forderte den ihm zunächst sitzenden Unterwachtmeister Papendiel auf, den hinteren Person zu verlassen. Da P. einer der ersten war, die den Wagen verlassen hatten, weigerte er sich bereitwillig, wieder abzusteigen. Es entstand der übliche Wortwechsel, den der Angeklagte durch eine recht außergewöhnliche Tat beendete. Er kuppelte den Anhängewagen los in der Absicht, die Fahrgäste dadurch zum Aussteigen zu zwingen. Im nächsten Augenblick erschallte laute Anstößschreie, da der Anhängewagen sich auf der abschüssigen Brücke von selbst in Bewegung gesetzt hatte und rückwärts rollte. Die Fahrgäste des Anhängers verhielten sich dem Wagen festzuklemben, konnten es aber nicht verhindern, daß ein ziemlich heftiger Zusammenstoß mit einem nachfolgenden Straßendahnzuge erfolgte, dessen Führer nur durch schnelle Anwendung der Notbremse größeren Unheil verhütete. Nachdem der Anhängewagen wieder angepöppelt worden war, kam es zwischen dem Angeklagten und Papendiel nochmals zu einem heftigen Streit, bei dem der Angeklagte auf P. einschlug.

Das Schöffengericht erließ in der Tat des Angeklagten eine außerordentliche Robheit und Unwissenhaftigkeit und verurteilte ihn zu 6 Monaten und 1 Woche Gefängnis. Hiergegen legte Rechtsanwalt Dr. Frey Berufung ein und machte vor der Strafammer geltend, daß die etwas unnütze Tat des Angeklagten lediglich darauf zurückzuführen sei, daß dieser 4 1/2 Jahre im Felde anwesend sei und als völlig nervös gewordenen Mensch wirklich nicht in das heutige aufgeregt-haltende Berliner Verkehrsleben passe. Außerdem sei der Strafantrag wegen Körperverletzung nicht ordnungsgemäß gestellt. Das Gericht schloß sich bezüglich beider Punkte den Ausführungen des Verteidigers an, stellte bezüglich der Körperverletzung das Verfahren ein und erkannte wegen der Transportgefährdung, die die unüberlegte Tat eines nervösen Menschen sei, auf 500 Mark Geldstrafe.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: H. Reppe-Permann; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

## Hühneraugen



Hornhaut, Schwielen u. Warzen, beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos. **Kukirol** 1000000fach bewährt. Preis M. 3.-, in Apotheken u. Drogerien erhältlich. Vorsicht vor Nachahmungen. Kukirol steht einzig da.

# A. Wertheim

Leipziger Str. 2. u. 3. Stock  
Möbelhaus Rosenhaler Str.

Möbel-Abteilung

Möbelhaus Oranien-Str.  
König-Strasse

## Wohnungs-Einrichtungen

sowie einzelne Wohn-, Herren-, Speise- und Schlafzimmer, Ledermöbel und Polstergarnituren, einzelne Sofas, Sessel, Tische und Stühle zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Die Preisermäßigung beträgt zum größten Teil

# 25 - 33 1/3 %

Auf **Einzelmöbel u. Kleinmöbel** 20% in sehr großer Auswahl bis auf weiteres ein Rabatt von

Decken	
Faserstoff Crettonmuster, ca. 80 cm breit . . . . . per Mtr.	8 <sup>25</sup>
Schlafdecken meliert mit Borde . . . . .	58 <sup>00</sup>
Tischdecken reich bestickt, Fantasie-Gewebe . . . . .	95 <sup>00</sup>
Steppdecken Satin einfarbig 390.00, Satin bunt gemustert . . . . .	310 <sup>00</sup>
Diwandecken Gobolingebebe, Blattmuster 385.00, persisch gemustert . . . . .	320 <sup>00</sup>
Gardinen	
Halbstores englischTüll oder Erbstüll . . . . . 125.00	90 <sup>00</sup>
Künstler-Gardinen dreiteilig, englisch und Erbstüll . . . . .	135 <sup>00</sup>
Bettdecken englischTüll oder Erbstüll, über 1 Bett . . . . .	105 <sup>00</sup>
Bettdecken englischTüll oder Erbstüll, über 2 Betten . . . . .	195 <sup>00</sup>
Läuferstoffe, Teppiche	
Zellstoff-Brüsselläufer modifarbig, mit roter Kante, 68 cm breit, per Meter . . . . .	18 <sup>00</sup>
Zellstoff-Teppiche moderne Muster 300,400 cm 540.00, 250/350 cm 395.00, 200/300 cm . . . . .	270 <sup>00</sup>